



Polizeiinspektion
Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen

2021

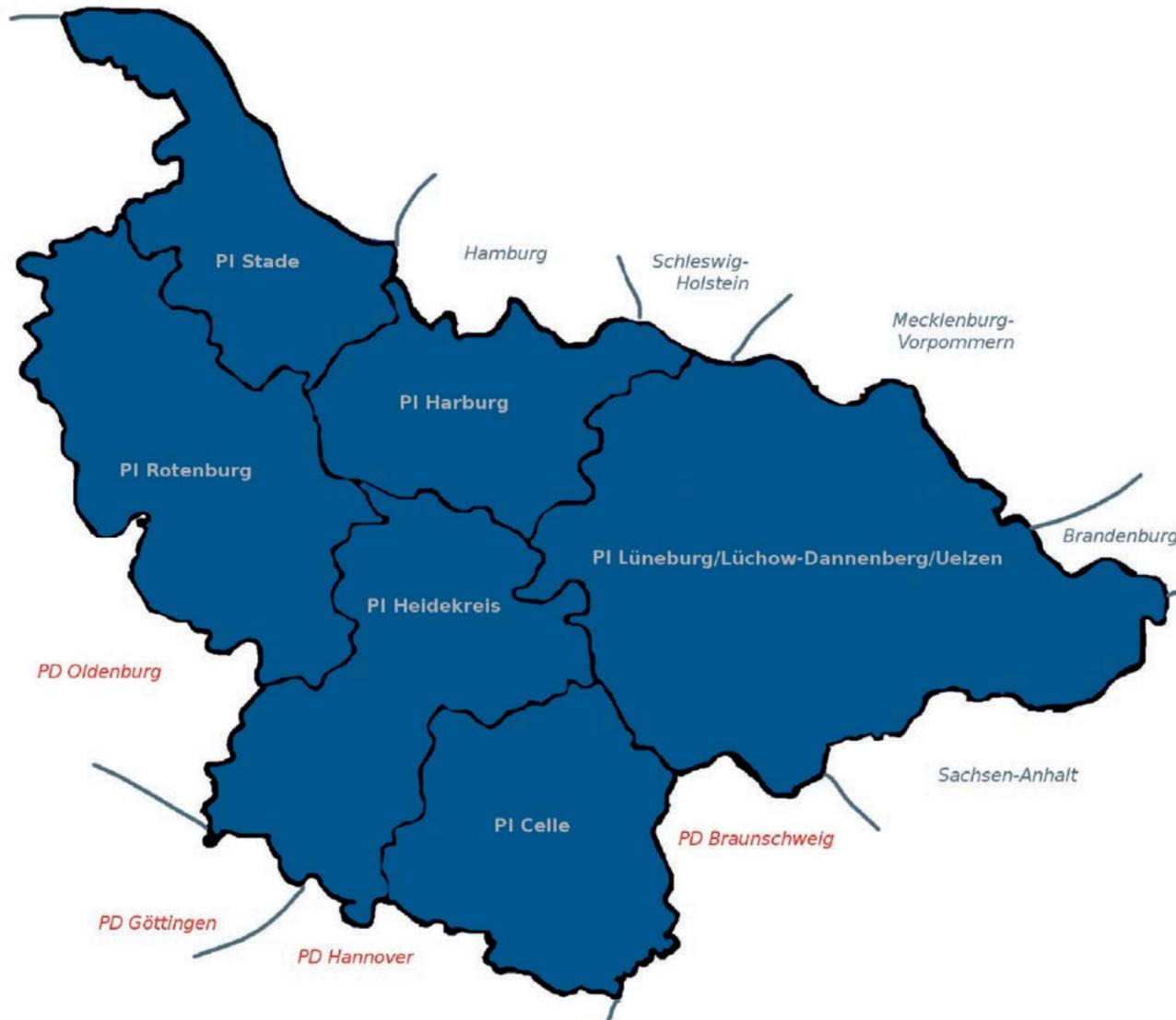
SICHERHEITSBERICHT



POLIZEIDIREKTION
LÜNEBURG



**POLIZEIDIREKTION
LÜNEBURG**



2021

SICHERHEITSBERICHT

VORWORT DES POLIZEIPRÄSIDENTEN



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Begrifflichkeiten Sicherheit und Polizei sind in unserer Gesellschaft eng miteinander verbunden. Aber was bedeutet Sicherheit eigentlich?

Obgleich Sicherheit gemäß anerkannter Politologen als „zentraler Wertebegriff demokratischer Gesellschaften“ (Endreß 2012) und „eine der wesentlichen Voraussetzungen aller Bereiche des öffentlichen Lebens“ (Petersen 2012) gilt, ist der Begriff nicht genau festgelegt. Als negative Abgrenzung lässt sich Sicherheit jedoch gewiss als Abwesenheit von existentiellen Bedrohungen und Gefahren für Einzelne sowie für Gesellschaften definieren.

Noch immer herrscht in Deutschland eine deutliche Diskrepanz zwischen der objektiven und der gefühlten Sicherheit. Die objektive Sicherheitslage ist so gut wie seit 40 Jahren nicht mehr. Die Anzahl der Straftaten sinkt und gleichzeitig werden mehr Tatverdächtige ermittelt als in den vergangenen Jahrzehnten. Und trotzdem fühlen sich viele Bürgerinnen und Bürger nicht sicher. Ein Faktor hierfür liegt u.a. in der Wahrnehmung von Nachrichten, in vielen Fällen mit der Folge einer überproportional gestiegenen Bereitschaft zur Übernahme populistischer Aussagen und des Strafbedürfnisses. Diesem beeinträchtigten Sicherheitsgefühl wollen wir als Polizei Lüneburg aktiv entgegenzutreten. Denn wer sich unsicher fühlt, der lebt nicht in Freiheit. Und Deutschland ist ein Land in dem man frei und sicher leben kann!

Am Ende ist „Sicherheit“ aber eine Frage der individuellen Betrachtung und stellt die Polizei sowie die moderne Gesellschaft immer wieder vor neue Herausforderungen. Eine sich ständig verändernde Gefahrenlage sowie die Zunahme der Komplexität und das Zusammenwirken von Bedrohungsfaktoren stellen weitreichende Anforderungen an eine moderne Polizei.

Neben dem gesetzlichen Auftrag der Verfolgung und Aufklärung von Straftaten, mit welchem die Organisation Polizei oft zunächst gedanklich verknüpft wird, formuliert das Niedersächsische Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG) auch einen klaren Auftrag zur Abwehr von Gefahren und Verhütung von Straftaten u.a. durch die Polizei. Und diesem Auftrag stellen wir uns gerne; in vielfältiger Weise, jeden Tag aufs Neue, rund um die Uhr.

Prävention ist nicht messbar – diese gern wiederholte These ist nicht von der Hand zu weisen, auch wenn sie so plakativ ausgesprochen nicht korrekt ist. Aber natürlich ist es einfacher eine Statistik über aufgeklärte Straftaten zu führen, als über Straftaten, die durch polizeiliche Intervention und Präsenz gar nicht erst stattgefunden haben. Oder über Gefahren, die bereits während ihrer Entstehung abgewendet werden konnten. Aber genau diese Arbeit aller Mitarbeitenden der Polizei ist eines der Fundamente für den Erhalt der Sicherheit und der Freiheit in unserem Land.

Auch in diesen schwierigen und turbulenten Zeiten einer Pandemie, die unsere gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen stellt, sind wir als Polizei für die Bürgerinnen und Bürger, oft an vorderster Front, im Einsatz.

Die Polizeidirektion Lüneburg hat mit Beginn des Pandemiegeschehens einen Plan mit diversen Hygiene- und Schutzmaßnahmen aufgestellt, welcher in allen Dienstbereichen umgesetzt wird. Dieser Pandemieplan wird unter Berücksichtigung des aktuellen Infektionsgeschehens ständig aktualisiert und angepasst. Die Einsatzfähigkeit der Polizei und somit die Sicherheit der Bevölkerung innerhalb der Polizeidirektion Lüneburg ist auch in Zeiten der Pandemie gewährleistet!

In diesem ersten Sicherheitsbericht möchten wir Ihnen neben der Darstellung von ausgewählten Kennzahlen und polizeilichen Ermittlungen, die weitere Bandbreite unserer Aufgaben und Maßnahmen sowie einzelne Organisationseinheiten etc. vorstellen. Denn Transparenz schafft Vertrauen. Und Vertrauen in die Ordnungsbehörden ist eine Grundvoraussetzung für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

Die Region der Polizeidirektion Lüneburg war noch nie so sicher wie heute!

Ich wünsche Ihnen nun viel Freude mit unserem Bericht und verbleibe mit freundlichen Grüßen,

Ihr Thomas Ring





VORWORT DES INSPEKTIONSLEITERS

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

in diesem Jahr möchten wir Ihnen erstmalig mit dem sog. Sicherheitsbericht und den folgenden Beiträgen, Informationen und Zahlen einen Einblick in unsere Arbeit und die Sicherheitslage 2021 in Ihrer Region geben.

Wir sorgen für Ihre Sicherheit in Nord-Ost-Niedersachsen. Die Polizeiinspektion erstreckt sich geografisch über das Gebiet der Landkreise Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Uelzen und umfasst damit nahezu 4.000 Quadratkilometer, eine größere Fläche als die Bundesländer Saarland, Bremen und Berlin zusammen.

Insgesamt mehr als 600 Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte der Inspektion, der Polizeikommissariate Lüchow und Uelzen sowie der 21 Polizeistationen gewährleisten dabei die Sicherheit und Ordnung für mehr als 320.000 Bürgerinnen und Bürger in Nord-Ost-Niedersachsen – egal ob in unseren Städten Lüneburg, Lüchow, Dannenberg, Uelzen, Bad Bevensen und Bleckede oder in den Orten wie Arendorf, Brietlingen, Kamerun, Klein London, Varbitz, Wusseger oder Zarenthien.

Dabei sind die Polizeidienststellen in Lüneburg, Lüchow und Uelzen mit ihren Einsatz- und Streifendiensten für Sie im Rahmen des Wechselschichtdienstes 365 Tage im Jahr 24 Stunden am Tag (24/7) besetzt und stehen Ihnen für Ihre Anliegen zur Verfügung. Die 21 Polizeistationen in der Fläche sind grundsätzlich von Montag bis Freitag während der allgemeinen Geschäftszeit sowie zu wechselnden Abend-/ Nacht- und Wochenendzeiten geöffnet und im Einsatz.

Seit mehr als zwei Jahren prägt die Corona-Pandemie unser privates Leben sowie die polizeiliche Arbeit und deren Rahmenbedingungen. Oberste Prämisse ist dabei für uns Sorge zu tragen, dass wir als Polizei für Sie arbeitsfähig bleiben. Das ist bis dato mehr als gut gelungen, was sicherlich – neben einer vorausschauenden Strategie – auch der Disziplin unserer Kolleginnen und Kollegen zuzurechnen ist.

Auf den folgenden Seiten wollen wir Ihnen die Arbeit von verschiedenen Bereichen unserer Polizeiinspektion näherbringen und Sie mit Zahlen, Daten und Fakten des aktuellen Kriminalitäts- und Verkehrsgeschehens auf dem Laufenden halten. Auch Schwerpunktthemen unserer Präventionsarbeit, des „Polizeilichen Vorbeugungsprogramms“ sowie der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit werden Sie finden.

Nutzen Sie parallel gerne auch unsere Präsenz im Internet sowie in den Sozialen Medien auf Facebook, Twitter und Instagram, um sich über die Arbeit Ihrer Polizei zu informieren.

In unseren drei Landkreisen leben Sie sicher. Dafür setzen wir uns bürgernah mit aller Kraft ein.

Es grüßen Sie aus der Salzstadt, dem Wendland und der Zuckerstadt



Katrin Dunn, Pol.w. *Jens Eggersgluß* *Ulrich Constabel*

Katrin Dunn,
Leiterin des Polizei-
kommissariates
Uelzen

Jens Eggersgluß,
Leiter der
Polizeiinspektion

Ulrich Constabel,
Leiter des Polizei-
kommissariates
Lüchow

INHALT

Polizeidirektion Lüneburg

Organisation. Präsent vor Ort.

Die Organisation im Überblick	Seite 7
Die Polizeidirektion Lüneburg in Zahlen	Seite 9
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizeidirektion Lüneburg.....	Seite 13
Nachwuchsgewinnung in der Polizeidirektion Lüneburg.....	Seite 17

Kriminalitätsbekämpfung

Polizeiliche Kriminalstatistik der Polizeidirektion Lüneburg	Seite 22
Die Rolle der Polizei im Strafverfahren	Seite 28
Für Demokratie und Toleranz	Seite 31

Prävention

Die Präventionspuppenbühne der Polizeidirektion Lüneburg	Seite 34
---	----------

Führungs- und Einsatzmittel

Führungs- und Einsatzmittel in der Polizeidirektion Lüneburg	Seite 49
---	----------

Einsatz

Verkehrsunfallstatistik 2021 für die Polizeidirektion Lüneburg.....	Seite 51
Regionale Kontrollgruppe der Polizeidirektion Lüneburg	Seite 54
Der Fernfahrerstammtisch der Polizeidirektion Lüneburg.....	Seite 56
Kooperative Leitstelle Lüneburg.....	Seite 58
Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte (PVB).....	Seite 62

Polizeiinspektion

Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen

Vorwort des Inspektionsleiters.....	Seite 5
-------------------------------------	---------

Organisation. Präsent vor Ort.

Die Dienststellen der Polizeiinspektion	Seite 10
Die Polizeiinspektion Lüneburg/ Lüchow-Dannenberg/Uelzen im Überblick	Seite 12
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizeiinspektion Lüneburg/ Lüchow-Dannenberg/Uelzen	Seite 15
Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen	Seite 20

Kriminalitätsbekämpfung

Polizeiliche Kriminalstatistik der Polizeiinspektion Lüneburg/ Lüchow-Dannenberg/Uelzen	Seite 25
---	----------

Prävention

Das Präventionsteam der Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen	Seite 36
Präventionskampagne der besonderen Art für mehr als 20.000 Seniorinnen und Senioren.....	Seite 40
Falsche Polizeibeamtinnen und -beamte – so gehen Betrüger derzeit vor	Seite 42
Kontaktbeamtinnen und -beamte in der Hansestadt Lüneburg sowie in Lüchow-Dannenberg und Uelzen.....	Seite 44
Fahrräder vor Diebstahl schützen.....	Seite 46

Einsatz

Verkehrsunfallstatistik 2020 für die Polizeiinspektion Lüneburg/ Lüchow-Dannenberg/Uelzen.....	Seite 52
Die Verfügungseinheit	Seite 60
Polizeireiterinnen und -reiter im Biosphären- reservat „Niedersächsische Elbtalau“	Seite 64





DIE ORGANISATION IM ÜBERBLICK

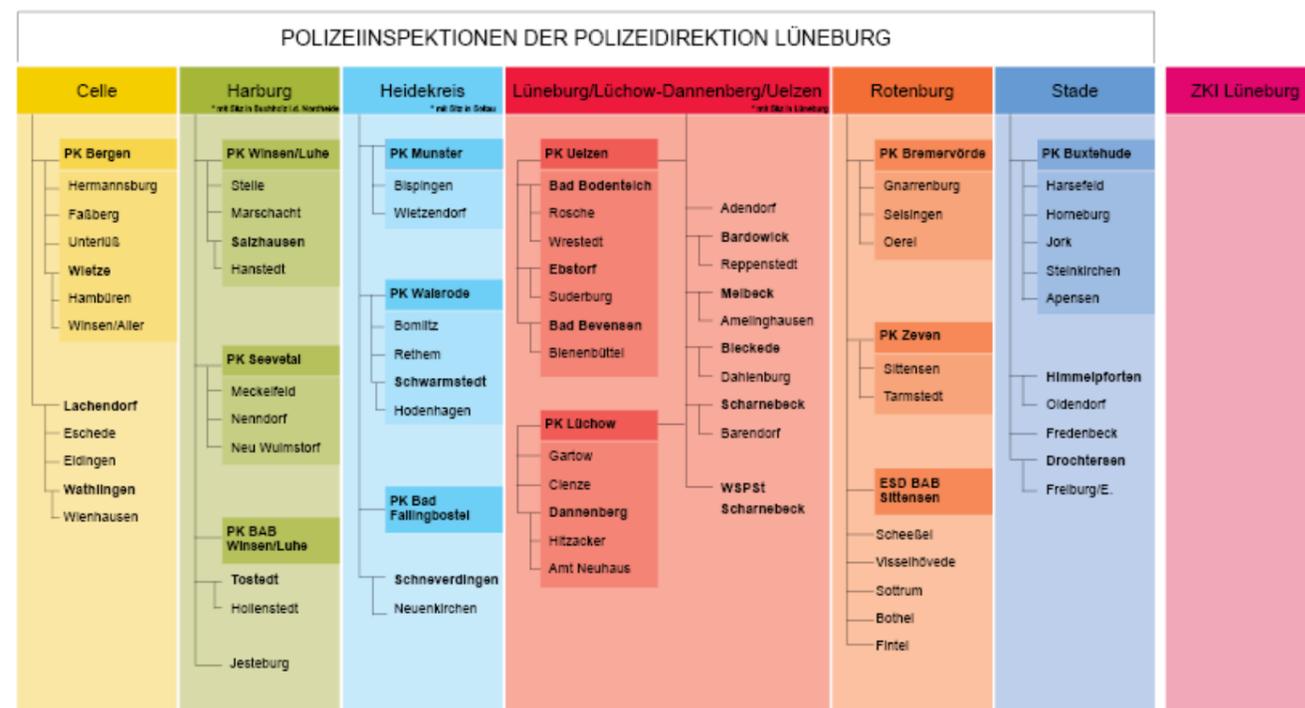
Die Polizeidirektion Lüneburg erstreckt sich flächenmäßig über die Landkreise Celle, Harburg, Heidekreis, Lüneburg/ Lüchow-Dannenberg/ Uelzen, Rotenburg (Wümme) und Stade. Ihr sind sechs Polizeiinspektionen sowie eine Zentrale Kriminalinspektion zugeordnet.

Die Polizeidirektion (PD) Lüneburg stellt als Behörde das Bindeglied zwischen dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport sowie den vor Ort arbeitenden Polizeiinspektionen dar. Der Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg umfasst dabei die Landkreise Celle, Harburg, Heidekreis, Lüneburg/Dannenberg, Lüneburg, Rotenburg (Wümme), Stade und Uelzen. Das Gebiet erstreckt sich über eine Fläche von ca. 12.040 km². Hier leben insgesamt ca. 1,28 Millionen Bürgerinnen und Bürger, deren Sicherheit unsere oberste Priorität ist.

Um dieser Anforderung gerecht zu werden, sind der PD Lüneburg die sechs Polizeiinspektionen Celle, Harburg, Heidekreis, Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen, Rotenburg und Stade – mit insgesamt 12 Polizeikommissariaten und 70 Polizeistationen – sowie die Zentrale Kriminalinspektion Lüneburg nachgeordnet. Im gesamten Zuständigkeitsbereich sind verteilt auf 92 Polizeidienststellen derzeit insgesamt 2.985 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Sie im Einsatz. An 23 Standorten wird dieser Dienst sogar rund um die Uhr geleistet.

Die Mitarbeiterschaft besteht dabei überwiegend aus Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, aber auch viele Verwaltungsbeamtinnen und -beamte sowie Tarifbeschäftigte sind unverzichtbar für unsere Organisation und ihre Aufgaben. Die Verteilung der Planstellen – und damit der Mitarbeiterinnen sowie Mitarbeiter auf die unterschiedlichen Dienststellen – richtet sich nach strukturellen Grundlagen, örtlichen Besonderheiten sowie Kriterien im Hinblick auf die Einsatzbelastung.

Die Polizeiinspektionen und ihre nachgeordneten Dienststellen gewährleisten hauptsächlich durch die jeweils eingerichteten Einsatz- und Streifendienste sowie die Kriminal- und Ermittlungsdienste die polizeiliche Aufgabewahrnehmung in den Bereichen Prävention, Verkehr und Kriminalitätsbekämpfung vor Ort. Die Zentrale Kriminalinspektion nimmt im gesamten Gebiet der Polizeidirektion die Aufgaben der bereichsübergreifenden Bekämpfung spezieller Kriminalitätsphänomene wahr, z. B. im Bereich der Organisierten Kriminalität.



Organigramm: Die Polizeidirektion Lüneburg



Die PD Lüneburg ist als übergeordnete Behörde für die strategisch-organisatorische Gesamtführung verantwortlich. Hier werden Grundsatzentscheidungen getroffen, Servicedienstleistungen für die nachgeordneten Dienststellen koordiniert und erbracht sowie zentrale Aufgaben z. B. in den Bereichen Personal, Führungs- und Einsatzmittel sowie Finanzen wahrgenommen. Die Polizeidirektion setzt die Vorgaben des Landespolizeipräsidiums im Nds. Ministerium für Inneres und Sport in der Fläche um und sorgt für eine einheitliche Anwendung.

Die Leitung der PD Lüneburg obliegt dem Polizeipräsidenten Thomas Ring. Unterstützt wird er dabei durch den Polizeivizepräsidenten Hans-Jürgen Felgentreu und die Abteilungsleiterin 2 Inga Ritters-Timm.

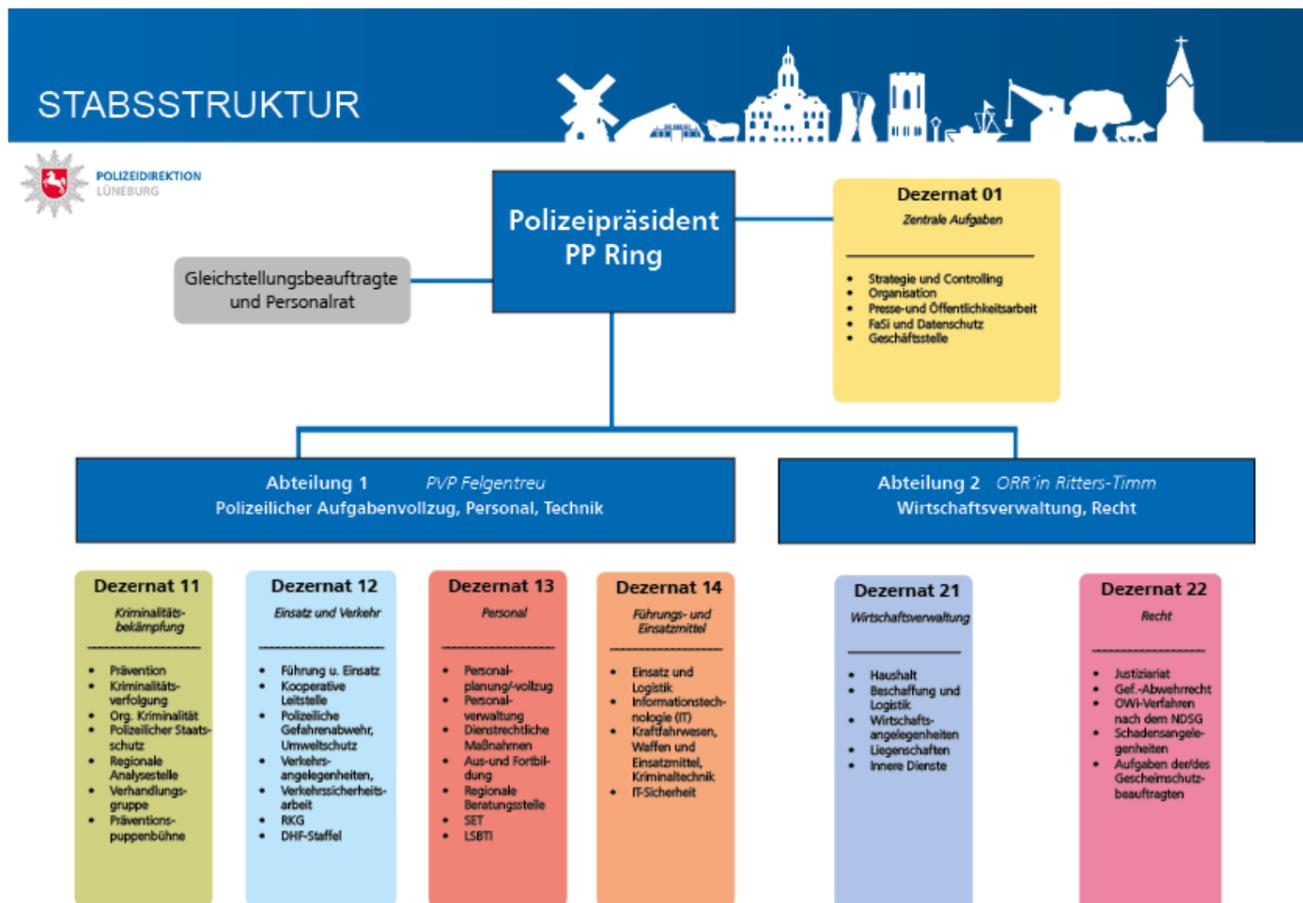
Direkt an den Polizeipräsidenten angegliedert sind das Dezernat für Zentrale Aufgaben sowie die Personalvertretungen

und die Beauftragten für spezielle Themenbereiche (z. B. Datenschutz und Arbeitsschutz).

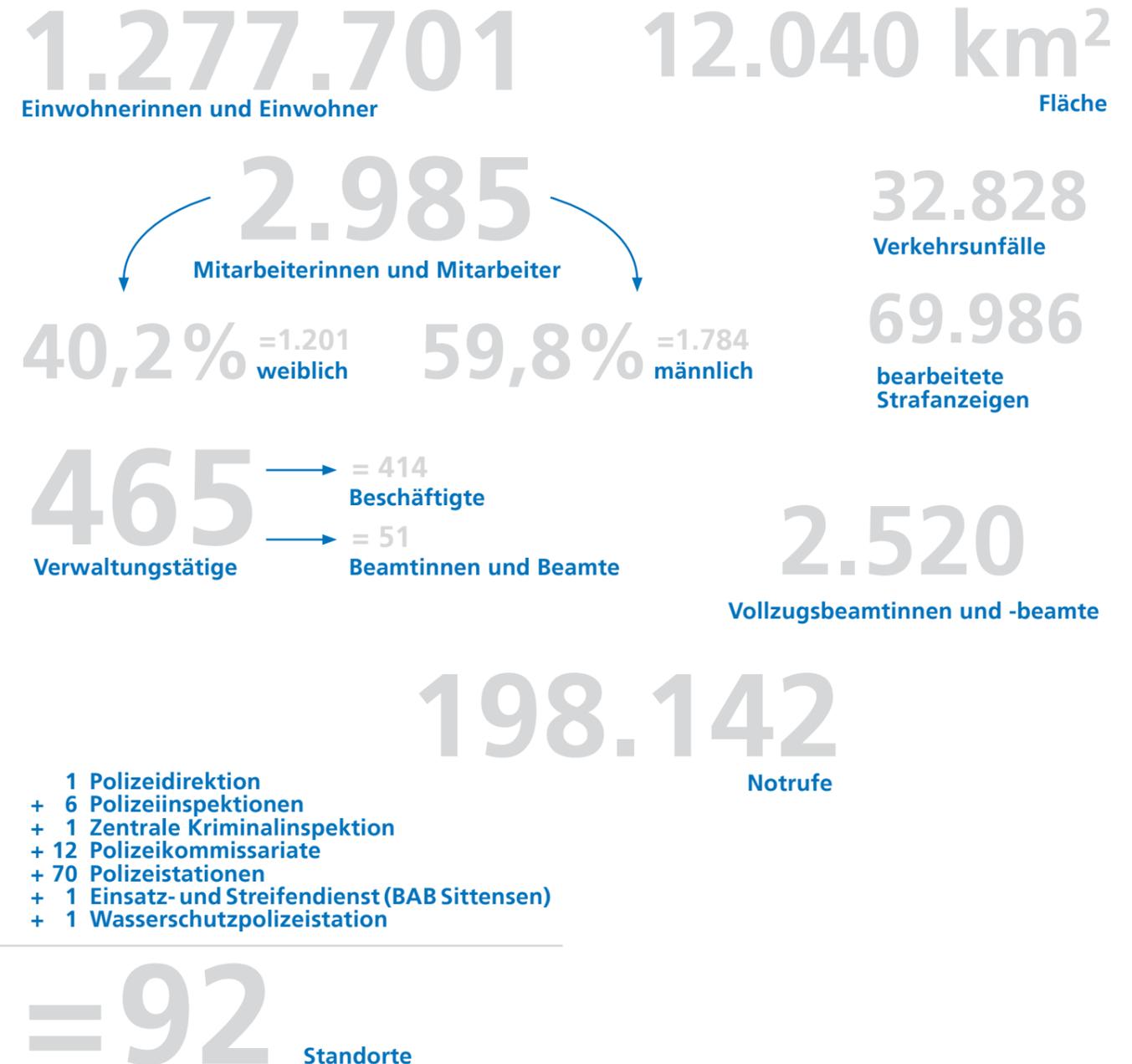
Die PD Lüneburg ist zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Wesentlichen in zwei Abteilungen untergliedert: die für polizeifachliche Aufgaben zuständige Abteilung 1, geleitet durch Herrn Felgentreu und die für verwaltungsfachliche Aufgaben zuständige Abteilung 2, geleitet durch Frau Ritters-Timm.

Innerhalb der Abteilung 1 werden durch vier Fachdezernate die Themengebiete Kriminalitätsbekämpfung, Einsatz und Verkehr, Personal sowie Führungs- und Einsatzmittel bearbeitet. In der Abteilung 2 sind zwei weitere Fachdezernate für die Bereiche Wirtschaftsverwaltung und Recht eingerichtet.

Auf den nachfolgenden Seiten erhalten Sie Gelegenheit, sich einen genaueren Einblick in die einzelnen Organisationsbereiche und deren Aufgabenspektrum zu verschaffen.



DIE POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG IN ZAHLEN



DIE DIENSTSTELLEN DER POLIZEIINSPEKTION

Erreichbarkeit der Dienststellen im Gebiet der Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen:



Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-D./Uelzen		Auf der Hude 1, 21339 Lüneburg 04131/8306-0 oder -215 poststelle@pi-lg.polizei.niedersachsen.de	
PSt Adendorf	Rathausplatz 16	21365 Adendorf	04131/85401-0
PSt Bleckede	Bahnhofstr. 2a	21354 Bleckede	05852/95117-0
PSt Dahlenburg	Lüneburger Landstr. 7	21368 Dahlenburg	05851/97944-0
PSt Melbeck	Am Diemel 17	21406 Melbeck	04134/90944-0
PSt Amelinghausen	An'n Sprüttenhus 2	21385 Amelinghausen	04132/93982-0
PSt Bardowick	Bahnhofstr. 8	21357 Bardowick	04131/79940-0
PSt Reppenstedt	Wiesenweg 2	21391 Reppenstedt	04131/24448-0
PSt Scharnebeck	Am Hülsenberg 12	21379 Scharnebeck	04136/90059-0
PSt Barendorf	Wacholderweg 30	21397 Barendorf	04137/80887-0
WSPSt Scharnebeck	Am Hülsenberg 12	21379 Scharnebeck	04136/90008-0

Polizeikommissariat Lüchow		Saaßer Chaussee, 29439 Lüchow 05841/122-0 oder -215 poststelle@pk-luechow.polizei.niedersachsen.de	
PSt Clenze	Lüchower Str. 13	29459 Clenze	05844/97640-0
PSt Gartow	Springstr. 14	29471 Gartow	05846/97963-0
PSt Dannenberg	Am Markt 6	29451 Dannenberg	05861/98576-0
PSt Hitzacker	Brauhofstr. 1	29456 Hitzacker	05862/98701-0
PSt Amt Neuhaus	Parkstr. 2 19273	19273 Neuhaus	038841/6195-0

Polizeikommissariat Uelzen		An der Zuckerfabrik 6, 29525 Uelzen 0581/930-0 oder -215 poststelle@pk-uelzen.polizei.niedersachsen.de	
PSt Bad Bevensen	Klein Bünstorfer Str. 2	29549 Bad Bevensen	05821/97655-0
PSt Bienenbüttel	Bahnhofstr. 33	29553 Bienenbüttel	05823/95400-0
PSt Bad Bodenteich	Schützenstr. 10	29389 Bad Bodenteich	05824/96598-0
PSt Rosche	Lüchower Str. 12	29571 Rosche	05803/96934-0
PSt Wrestedt	Lerchenweg 5	29559 Wrestedt	05802/98715-0
PSt Ebstorf	Lüneburger Str. 17a	29574 Ebstorf	05822/94792-0
PSt Suderburg	Hauptstr. 5a	29556 Suderburg	05826/95897-0



DIE POLIZEIINSPEKTION LÜNEBURG/ LÜCHOW-DANNENBERG/UELZEN IM ÜBERBLICK

Die Polizeiinspektion erstreckt sich geografisch in Nord-Ost-Niedersachsen über das Gebiet der Landkreise Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Uelzen und umfasst damit nahezu 4.000 Quadratkilometer.

Insgesamt mehr als 600 Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte der Inspektion, der Polizeikommissariate Lüchow und Uelzen sowie der 21 Polizeistationen gewährleisten die Sicherheit und Ordnung von mehr als 320.000 Bürgerinnen und Bürgern.

Hinzu kommt die Wasserschutzpolizeistation in Scharnebeck, die mit ihren Beamtinnen und Beamten sowohl auf dem Elbe-Seiten-Kanal von Braunschweig bis zur Elbe als auch auf der gesamten Elbe in der Region präsent ist.

Die Polizeiinspektion ist eine von sechs Inspektionen der Polizeidirektion Lüneburg. Die Polizeidienststellen in Lüneburg, Lüchow und Uelzen sind für Sie im Rahmen des Wechselschichtdienstes 365 Tage im Jahr 24 Stunden am Tag besetzt und stehen Ihnen für Ihre Anliegen zur Verfügung. Die Polizeistationen in der Fläche sind grundsätzlich von Montag bis Freitag während der allgemeinen Geschäftszeit geöffnet.



PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Eine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil erfolgreicher Polizeiarbeit. Sie ist nicht nur Kommunikator für polizeiliche Arbeit und ihre Erfolge, sondern zugleich Einsatzmittel, um Einsatzlagen oder Krisensituationen erfolgreich zu bewältigen. Dabei stehen klassische und digitale Medienarbeit sowie interne und externe Kommunikation gleichberechtigt nebeneinander.

Das Team der Pressestelle auf Direktionsebene:

Funktions E-Mail	pressestelle@ pd-lg.polizei.niedersachsen.de
Leiterin	
Mareike Kowalewski	04131/8306-1050
Julia Grote	04131/8306-1051
Tarek Gibbah	04131/8306-1052
Social-Media-Managerin	
Kim-Katrin Hensmann	04131/8306-1053



v.l.n.r. Julia Grote, Tarek Gibbah, Mareike Kowalewski, Kim-Katrin Hensmann

Ziel der polizeilichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Lüneburg ist die Aufgabenbereiche sowie die Arbeit der Polizei transparent und nachvollziehbar darzustellen und einen möglichst großen Bevölkerungskreis zu erreichen. Denn insbesondere im Ernstfall ist die überlegte Weitergabe gesicherter Informationen das beste Mittel, um der Verbreitung von Falschmeldungen und Gerüchten entgegenzuwirken.

Aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwarten eine transparente Kommunikation innerhalb der Organisation Polizei. Dabei stehen die Vermittlung von Strategien, Prozessen und Entscheidungen, aber auch die Identifikation und Mitarbeiterbindung sowie der Wissenstransfer im Fokus.

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aller Polizeiinspektionen im Bereich der Polizeidirektion Lüneburg leistet ihren aktiven Beitrag für einen offenen Informationsfluss und kommt ihrer Informationspflicht nach. Jede Polizeiinspektion hat einen eigenen Bereich für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit speziell ausgebildeten Pressesprechenden eingerichtet. Die Mitarbeitenden stellen sicher, dass Informationen und Botschaften über die polizeiliche Arbeit schnell, wahrhaft, eindeutig und möglichst umfassend die Medien sowie Bürgerinnen und Bürger erreichen. Die polizeiliche

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begleitet u. a. Sondereinsätze und steigert die Kommunikation mit der Bevölkerung vor allem in besonderen Lagen.

Eine regelmäßige Berichterstattung über Präventions- und Sicherheitsthemen in den klassischen Medien oder via eigener Social Media Accounts steigert das generelle Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und vermittelt ein größeres Verständnis für die polizeiliche Arbeit.

Um im Einsatzfall möglichst schnell und direkt die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, nutzt die Polizeidirektion Lüneburg soziale Medien. Im Alltag werden die Bürgerinnen und Bürger über die jeweiligen Social Media Accounts mit aktuellen Informationen zu Einsatzlagen, Kriminalitätsphänomenen, Präventionsthemen, Veranstaltungen und Stellenangeboten versorgt. Die Polizeidirektion Lüneburg möchte für die Außenwelt ansprechbar sein, direkt und ohne Umwege kommunizieren, in den Austausch treten und Transparenz schaffen.

Auf Instagram ist die Polizeidirektion Lüneburg mit einem zentralen Account vertreten.

Zu dem Hauptaufgabengebiet der internen und externen Öffentlichkeitsarbeit werden hier Themen bearbeitet, deren Bedeutung über die Grenzen einer einzelnen Polizeiinspekti-



on hinausgeht oder Grundsatzangelegenheiten betreffen. Des Weiteren werden hier Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit koordiniert, an denen mehrere Inspektionen beteiligt sind.

Das breit gefächerte Aufgabenspektrum umfasst neben dem Bearbeiten von Presseanfragen sowie dem Erstellen von Presseinformationen die Auswertung der täglichen Medienlage. Darüber hinaus werden hier u. a. Führungskräftebesprechungen und Veranstaltungen organisiert, Redebeiträge und Grußworte für die Behördenleitung begleitet sowie die Polizeidirektion Lüneburg im Intra- und Internet dargestellt.

Auch die Bereiche Design und Grafik sind ein Teil der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Bereich Social Media befasst sich überwiegend mit der Koordination von Beiträgen, dem Erarbeiten von Kampagnen, der Fachaufsicht aller Social Media Accounts sowie der Aus- und Fortbildung in diesem Bereich. Zudem wird das tägliche Stimmungsbild innerhalb der sozialen Medien erhoben und analysiert. Dabei wird das Angebot ständig weiterentwickelt.

STADE
Lydia Freienberg, Andrea Möller

ROTENBURG

HARBURG
Isabella Harms, Arne Schmidt

LÜNEBURG
Frank Dreyer, Michel Koenemann, Jasmin Ritz

HEIDEKREIS

CELLE
Yvonne Maniewski

POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Twitter
Polizei Rotenburg @Polizei... - 2 T
Da hat jemand eindeutig zu viel gewollt! Bei erlaubten 3.500 kg hat der LKW 5.500 kg auf die Waage gebracht. #polizei110

Instagram
Polizei Lüneburg @Polizei_LG - 2 T
#Polizei110 - In Bleckede hat eine Nachbarin einen überquellenden Briefkasten gemeldet, sie sorgt sich um die dort lebende ältere Dame. Wir eilen zur Hilfe!

Facebook
Polizei Heidekreis @Polizei... - 2 T
Glimpflicher Ausgang bei Einbruchversuch in Soltau: Die Bewohnerin kann den Täter festhalten und ruft uns um Hilfe. Sie hat Glück gehabt. Wählt in diesen Fällen bitte direkt die 110. Dafür sind wir da! #polizei110

Facebook
Polizei Stade @Polizei_STD - 2 T
#polizei110 - Pärchen schlägt im Streit Scheiben des eigenen Autos ein, lässt Auto stehen und geht in getrennte Richtungen davon. Worum es in dem Streit wohl ging?

BUNDESWEITER TWITTER MARATHON AM 01.10.2021

6 Accounts 133.760 Impressions 12 Stunden

4,5 Mitarbeitende 122 neue Follower 79 Beiträge

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER POLIZEIINSPEKTION LÜNEBURG/LÜCHOW-DANNENBERG/UELZEN

Die Pressestelle dient als Schnittstelle zwischen der Polizei und den Medien in den Landkreisen Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Uelzen. Sie veröffentlicht die täglichen Meldungen über polizeiliche Einsätze und besondere Vorfälle.

Darüber hinaus betreut die Pressestelle bei größeren Einsätzen Medienvertreterinnen und Medienvertreter an der Einsatzstelle und koordiniert die allgemeine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Ansprechpersonen für Presseangelegenheiten sind unter den u. a. Telefonnummern oder per E-Mail unter pressestelle@pi-lg.polizei.niedersachsen.de erreichbar und ansprechbar.

Pressemitteilungen

Die Pressemitteilungen der Polizeiinspektion werden über das Portal des Tochterunternehmens der dpa ots „www.polizeipresse.de“ zur Verfügung gestellt.

Diese sind weltweit im Internet abrufbar unter <https://www.presseportal.de/blaulicht/nr/59488>



Polizeihauptkommissar Kai Richter
Festnetz: 04131/8306 - 2324
Mobil: 01520/9348855

Polizeikommissarin Julia Westerhoff
Festnetz: 04131/8306 - 2515
Mobil: 01520/9348988

Auf der Hude 1
21339 Lüneburg

Funktions E-Mail: pressestelle@pi-lg.polizei.niedersachsen.de

Persönliche E-Mail: kai.richter@polizei.niedersachsen.de
julia.westerhoff@polizei.niedersachsen.de

Social Media
Instagram
Twitter
Pressemitteilung
Facebook
Medien



Social Media (Team) – Arbeit

Parallel betreut die Pressestelle mit Unterstützung einzelner Kolleginnen und Kollegen die Social-Media-Kanäle der Polizeiinspektion auf Facebook und Twitter. Der Instagram-Account „polizei.lueneburg“ wird durch die Polizeidirektion Lüneburg verwaltet.

Facebook: <https://www.facebook.com/polizeidirektion.lueneburg>

Twitter: https://twitter.com/Polizei_LG



Darüber hinaus unterstützt die Pressestelle auch die (aktuell) fünf „Communitiy policer“:



POK'in Isabella Harms (ESD Lüneburg)
<https://www.instagram.com/polizei.lueneburg.ih/>



PK Michel Koenemann (ESD Lüchow)
<https://www.instagram.com/polizei.luechow.mk/>



POK'in Jasmin Ritz (ESD Uelzen)
<https://www.instagram.com/polizei.uelzen.jr/>



POK Frank Dreyer (KOB Uelzen)
<https://www.facebook.com/polizei.uelzen.fd>



PHK Arne Schmidt (BfJ)
<https://www.facebook.com/polizei.pi.lueneburg.bfj>

NACHWUCHSGEWINNUNG IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG



Weitere Informationen zum Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen erhalten Interessierte bei

Lydia Franke	04131 8306-1350
Carina Gralla	04131 8306-1351
Christian Müller	04131 8306-1352
Hotline der Nachwuchsgewinnung bei der Polizeidirektion Lüneburg	04131 8306-3333
E-Mail:	nachwuchswerbung@pd-lg.polizei.niedersachsen.de

Der demografische Wandel macht auch vor der Polizei Niedersachsen nicht Halt:

Bis 2028 werden etwa 40 Prozent der Belegschaft der Polizei im Land Niedersachsen in den Ruhestand versetzt werden. Angesichts dieser steigenden Pensionierungszahlen, der sich immer schneller entwickelnden Veränderungen in der Gesellschaft, dem Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern und den gleichzeitig stagnierenden Abgangszahlen an öffentlichen Schulen kommt der Nachwuchsgewinnung für die Polizei eine große Bedeutung zu.

Im Hinblick auf diese Hintergründe hat es sich die Polizeidirektion Lüneburg zur zentralen Aufgabe gemacht, junge Menschen für den Polizeiberuf zu begeistern und für diese Tätigkeit zu akquirieren.

Nur wenig andere Berufe verfügen über ein solch positives Ansehen und Vertrauen in der Bevölkerung wie der Polizeiberuf. Je nach Interessen und Kenntnissen bieten sich den Bewerberinnen und Bewerbern darüber hinaus vielfältige Möglichkeiten – nicht zuletzt aufgrund der vielen Arbeitsbereiche, über welche die Polizei verfügt.

Hauptaufgabe der Mitarbeitenden im Team „Regionalisierte Einstellung“ bei der Polizeidirektion Lüneburg ist die Beratung und Betreuung der Bewerberinnen und Bewerber. Darüber hinaus werden hier die sogenannten „Strukturierten Interviews“ geplant und durchgeführt. Auch auf (digital organisierten) Berufsinformationsmessen sind die Kolleginnen und Kollegen der Aus- und Fortbildung der Polizeiinspektionen sowie deren Einstellungsberaterinnen und Einstel-



lungsberater ständig vertreten. Seit Juli 2021 nutzen die Polizeidirektion und die Polizeiinspektionen auch das Karriereportal berry2b, um Nachwuchs mit dem Studienabschluss Bachelor of Arts zu gewinnen.

Viele Wege zur Polizei

Der Weg zu einem Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen muss nicht zwangsläufig über das Abitur oder den direkten Erwerb der Fachhochschulreife führen. Auch Interessierte mit Realschulabschluss können nach Abschluss der zweijährigen Fachoberschule „Wirtschaft und Verwaltung“ mit dem Schwerpunkt Polizei die Fachhochschulreife erwerben und das Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen aufnehmen, im ersten Jahr findet ein schulbegleitetes Praktikum in einer Polizeidienststelle statt.

Die Qualifikation zum Studium kann auch erwerben, wer nach Abschluss des schulischen Teils der Fachhochschulreife ein einjähriges Vollzeitpraktikum bei einer Polizeidienststelle erfolgreich absolviert. Wer über den Realschulabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügt, kann für ein Jahr eine berufsbezogene Klasse 12 der Fachoberschule besuchen, um die vollständige Fachhochschulreife zu erwerben.



Interesse geweckt?

Weitere Informationen zum Polizeiberuf, zu den Bewerbungsvoraussetzungen sowie zur Möglichkeiten der Online-Bewerbung sind unter www.polizei-studium.de zu finden.

BEWERBUNGEN UND AUSWAHLVERFAHREN 2021 IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

473 Bewerbungen für das Studium (4.609 landesweit)	37 Einstellungen für das Studium (450 landesweit)
102 Bewerbungen für eine Fachoberschulausbildung bzw. eine Vollzeitpraktikum (996 landesweit)	
10 Praktikumsverträge für eine Fachoberschulausbildung bzw. ein Vollzeitpraktikum (84 landesweit)	



ENKELTRICK VERHINDERT,

TASCHENDIEB GESTELLT.

und deintag?

BEWIRB DICH JETZT bei der Polizei Niedersachsen (mit Abitur oder Realschulabschluss) und sichere Dir Deine Chance auf eine spannende und abwechslungsreiche Zukunft!

polizei-studium.de
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE

NACHWUCHSGEWINNUNG IN DER POLIZEIINSPEKTION LÜNEBURG/ LÜCHOW-DANNENBERG/UELZEN

Eine Karriere bei der Polizei Niedersachsen ist mehr als nur ein Beruf. Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte sorgen 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche, 365 Tage im Jahr für Sicherheit. Egal ob im Einsatz- und Streifendienst, im Ermittlungsdienst, in der Kriminaltechnik oder als Teil der Bereitschaftspolizei: Wir arbeiten, damit sich alle Menschen in Niedersachsen sicher fühlen können.

Für die Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Lüneburg / Lüchow-Dannenberg / Uelzen ist Christopher Leske aus dem Sachbereich Ausbildung zuständig. Zu seinen Aufgaben zählen vor allem:



- Mitwirkung bei der Nachwuchswerbung
- Betreuung, Planung und Koordination von Praktikanten der PA / FOS / anderer Behörden sowie der allgemeinbildenden Schulen (davon mehr als 120 Schülerpraktikantinnen/-praktikanten vor der Corona-Pandemie)
- Koordination und Durchführung des Zukunftstages (Girls- & Boys-Day)
- Mitwirkung bei der Öffentlichkeitsarbeit nach innen und außen auch in Rahmen von Berufsmessen, in Schulen, der Agentur für Arbeit sowie in Einzelgesprächen
- Individuelle Einstellungsberatung
- Organisation der Nachwuchstage „Mein Weg zur Polizei“

Unterstützt wird der Sachbearbeiter Ausbildung durch ein Team von derzeit 16 Einstellungsberaterinnen und -beratern. Diese stehen am Beruf interessierten Personen für persönliche Gespräche zur Verfügung, beantworten Fragen oder kommen auf Einladung zu Informationsveranstaltungen von z. B. örtlichen Schulen oder Vereinen.



KRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNG

POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK (PKS) DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Weiterhin sinkende Gesamt-Fallzahlen, die landesweit zweithöchste Aufklärungsquote, Wohnungseinbruchdiebstähle und Rohheitsdelikte weiter rückläufig, so das Resümee der PKS 2021 in der Polizeidirektion Lüneburg.

Die Entwicklung der Kriminalität wird in Niedersachsen, wie in jedem anderen Bundesland auch, anhand einer Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) beobachtet. Die darin erhobenen Daten dienen dazu, Erkenntnisse für vorbeugende und verfolgende Kriminalitätsbekämpfung, organisatorische Planungen und Entscheidungen sowie kriminologisch-soziologische Forschungen und kriminalpolitische Maßnahmen zu erlangen.

Bei der PKS handelt es sich um eine reine Hellfeldstatistik. Es werden nur die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten einschließlich strafbewehrter Versuche registriert. Die Erfassung erfolgt nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen bei Abgabe der Strafanzeigen an die Staatsanwaltschaft. Ausgenommen von der Erfassung sind Staatschutzdelikte, Verkehrsdelikte, direkt bei den Staatsanwaltschaften angezeigte Straftaten sowie Delikte, die nicht in die Bearbeitungszuständigkeit der Polizei fallen (z.B. Finanz- und Steuerdelikte).

Der Aktualität der PKS und der Abbildung des tatsächlichen Kriminalitätsumfangs in der PKS sind insofern Grenzen gesetzt. Es gilt auch zu berücksichtigen, dass Straftaten, die der Polizei nicht bekannt geworden sind, nicht abgebildet werden können (sog. Dunkelfeld). Der tatsächliche Kriminalitätsumfang liegt also höher als die Angaben in der PKS. Im Gegenzug kann es aber z. B. durch ein verstärktes Anzeigeverhalten der Bevölkerung oder eine gesteigerte Verfol-

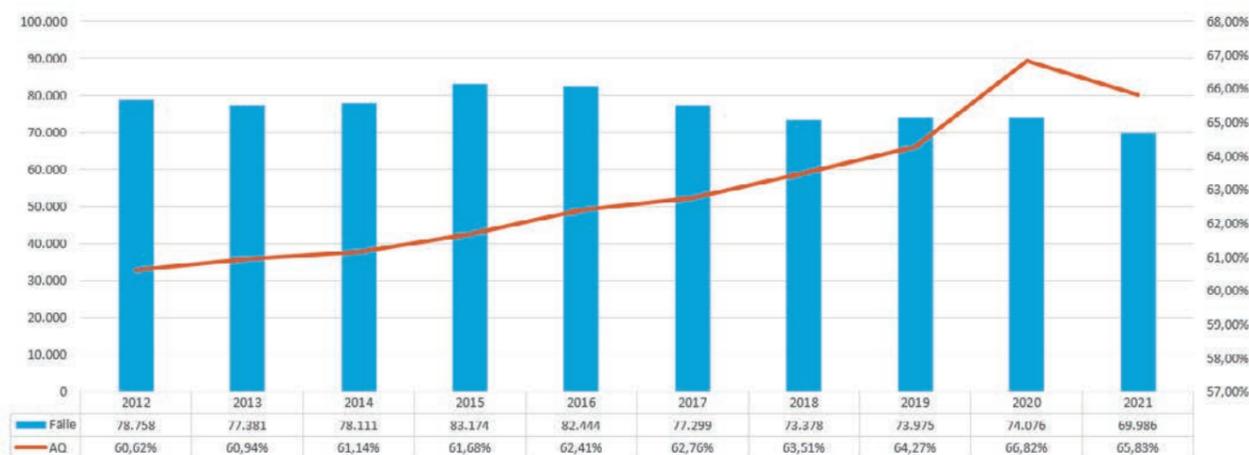
gungintensität der Polizei in einzelnen Deliktsbereichen auch zu Hell- / Dunkelfeldverschiebungen kommen und ein erhöhtes Kriminalitätsaufkommen in der PKS zur Folge haben, ohne dass eine Änderung des tatsächlichen Kriminalitätsumfangs stattgefunden hat.

Die PKS wird durch das Landeskriminalamt Niedersachsen auf Basis der aus den einzelnen Polizeidienststellen zugelieferten Daten zu Deliktsarten, Umfang und Zusammensetzung der ermittelten Tatverdächtigen erstellt und jährlich veröffentlicht. Neben der PKS für das Land Niedersachsen insgesamt wird diese zusätzlich auf Ebene der Polizeidirektionen und der Polizeiinspektionen ausgewertet. Auch innerhalb des laufenden Jahres erfolgt ein stetiges Monitoring, um Veränderungen in der Kriminalitätsentwicklung zeitnah zu erkennen und das polizeiliche Handeln entsprechend anzupassen.

Die Gesamtzahl der im Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg erfassten Straftaten ist für das Berichtsjahr 2021 um 5,52 % auf 69.986 gesunken (2020: 74.076). Grund für die Abnahme ist unter anderem der zahlenmäßig stärkste Rückgang im Bereich der Vermögens- und Fälschungsdelikte.

Die Aufklärungsquote lag 2021 bei 65,83 % und hat sich gegenüber dem Jahr 2020 (66,82%) kaum geändert. Die PD Lüneburg hat damit die zweithöchste Aufklärungsquote in Niedersachsen (Landesdurchschnitt 64,07%).

LANGZEITVERGLEICH GESAMT-FALLZAHL UND AUFKLÄRUNGSQUOTE



Deliktsbereiche im Detail

Im Folgenden werden ausgewählte Deliktsbereiche näher dargestellt, die einen besonderen Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit bilden.

Straftaten gegen das Leben

Mit Straftaten gegen das Leben sind die Delikte Mord und Totschlag gemeint. Hierzu zählt auch der Versuch eines Mordes oder Totschlags. Im Jahr 2021 sind insgesamt 73 derartige Straftaten im Gebiet der PD Lüneburg erfasst worden (2020: 92 Fälle). Alle Taten konnten aufgeklärt werden, so dass sich eine Aufklärungsquote von 100% ergeben hat. Dies zeigt deutlich mit welcher Ermittlungsintensität und mit welchem Erfolg die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem der Polizeiinspektionen sich der Aufklärung dieser Taten widmen.

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Bei den Sexualdelikten gab es im Gesamtbereich der PD Lüneburg einen leichten Anstieg von 3,39 % auf 1.768 Taten (2020: 1.710). Eine starke Abnahme ergibt sich beim Tatbestand der Verbreitung pornografischer Schriften (Erzeugnisse). Hier kam es bei der Bezugsgruppe an Personen unter 18 Jahren einen Rückgang auf 63 Fälle (2020: 268 Fälle). Grund für diese Entwicklung ist der Abschluss eines umfangreichen Verfahrens aus dem Jahr 2020. Hier versandte ein Täter über 200 pornografischen Schriften per Messenger-Dienst an meist Minderjährige – ein vergleichbares Verfahren gab es 2021 nicht.

Rohheitsdelikte

Unter Rohheitsdelikten sind Straftaten wie Raub, Körperverletzung und Straftaten gegen die persönliche Freiheit zu

verstehen. Die Zahl der Rohheitsdelikte sank im Vergleich zum Vorjahr um 509 auf 11.805 Fälle (2020: 12.314). Gleichzeitig liegt die Aufklärungsquote bei 92,18% (2020: 91,94%). Den größten Anteil stellen dabei weiterhin die Körperverletzungsdelikte, die um 12,51% auf 7.220 (2020: 8.252) Fälle sanken.

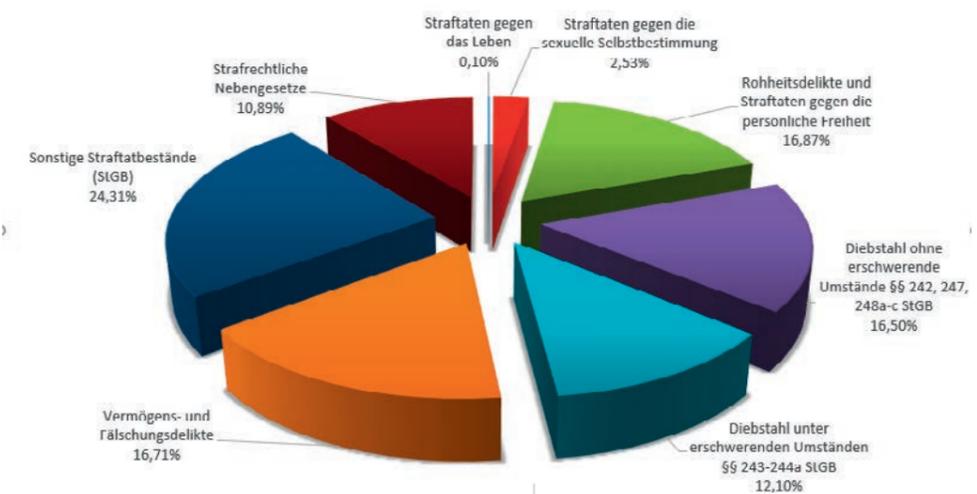
Die niedrigeren Fallzahlen sind selbstverständlich erfreulich. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie haben sich die Kontaktmöglichkeiten im öffentlichen Raum erheblich reduziert. Dies hat auch im Jahr 2021 zu einem deutlichen Rückgang der Rohheitsdelikte geführt.

Häusliche Gewalt

Die Entwicklung der häuslichen Gewalt wird vor dem Hintergrund der deutlich reduzierten Kontaktmöglichkeiten außerhalb des eigenen häuslichen Umfeldes von der Polizeidirektion Lüneburg besonders beobachtet. Die Zahlen lassen sich leider nicht mit denen aus dem Vorjahr vergleichen. Im Zuge der bundesweiten Vereinheitlichung der Definition für das Thema „Häusliche Gewalt“ mit dem Ziel der lebensnäheren Darstellung dieses Kriminalitätsfeldes hat sich die Auswertungsgrundlage verändert.

Demnach wurden für das Jahr 2021 insgesamt 3.217 Fälle von häuslicher Gewalt verzeichnet. Hier ist besonders hervorzuheben, dass die deutliche Mehrzahl der Taten (2.128) im Kontext von Partnerschaften begangen worden. In 794 Fällen waren Opfer und Täter bereits getrennt (ehemalige Partnerschaften). Außerhalb von Partnerschaften, also in den sogenannten

VERTEILUNG DER STRAFTATEN IN DER PD LÜNEBURG NACH DELIKTSARTEN



familiären Beziehungen (Eltern, Kinder, Großeltern, Geschwister, etc.) wurden im Bereich der Polizeidirektion 1.089 Taten häuslicher Gewalt registriert.

Gleichwohl ist in diesem Deliktsbereich von einem hohen Dunkelfeld auszugehen, da viele Taten aufgrund emotionaler und finanzieller Abhängigkeiten zwischen den Beteiligten nicht angezeigt werden.

Diebstahl / Wohnungseinbruchdiebstahl

Im Jahr 2021 stellten die Diebstähle prozentual die größte Deliktgruppe dar. Dennoch sank ihre Zahl um 1.041 Fälle auf 20.014 (2020: 21.055) Straftaten.

Die Zahl der Wohnungseinbruchdiebstähle ist weiterhin deutlich rückläufig. Im Jahr 2021 wurden 904 Fälle registriert, was einem Rückgang von 481 Fällen gegenüber 2020 (1.385 Fälle) entspricht. Im Jahr 2021 blieb es von diesen Fällen 408-mal beim Versuch des Wohnungseinbruchdiebstahls, 2021 gab es noch 581 Versuchstaten.

Die Aufklärungsquote liegt in diesem sehr ermittlungsentensiven Deliktsfeld bei 24,89% (2020: 28,74%).

Neben dem Aspekt, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Corona-Pandemie verstärkt zu Hause im Homeoffice aufgehalten haben, zeigt auch die intensive und akribische Einsatz-, Ermittlungs- und Präventionsarbeit Wirkung.

Vermögens- und Fälschungsdelikte

Um mehr als 15% ging die Zahl der Taten im Bereich der Vermögens- und Fälschungsdelikte zurück. 2021 waren es 11.692 Straftaten nach 13.803 im Jahr 2020.

Diese Entwicklung hat mehrere Gründe: Im Jahr 2020 konnten zwei umfangreiche Verfahren abgeschlossen werden, die es

im Jahr 2021 in diesem Umfang nicht gegeben hat. Zudem haben im Frühjahr 2020, als es den ersten coronabedingten Lockdown gab, viele Bürgerinnen und Bürger vermehrt online eingekauft, was indirekt die Entstehung von sogenannten Fake-Shops gefördert hat. Durch gute Präventionsarbeit konnten die Menschen im zweiten Jahr der Corona-Pandemie sensibilisiert werden.

Cybercrime / Internetkriminalität

Nachdem es von 2019 auf 2020 zu einem Anstieg der Straftaten von über 40% gekommen war, erfolgte im Jahr 2021 ein Rückgang um fast 20%. In absoluten Zahlen wurden im Gebiet der PD Lüneburg 4.949 Fälle im Jahr 2021 registriert (2020: 6.160 und 2019: 4.200 Fälle). Die Aufklärungsquote sank im Jahr 2021 um 3,9% auf 84,64% (2020: 88,54 %).

Dieses Themenfeld stellt die Polizei langfristig vor neue Herausforderungen, die im Rahmen der strategischen Ausrichtung berücksichtigt werden.

Fazit von Polizeipräsident Thomas Ring

„Neben der coronabedingt reduzierten Mobilität konnte auch durch die unermüdliche Kriminalitätsbekämpfung sowie die fortlaufende Präventionsarbeit im vergangenen Jahr erneut ein Rückgang der Straftaten in unserer Region erzielt werden. Ich möchte mich hierfür bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizeidirektion Lüneburg bedanken. Trotz der anhaltenden pandemischen Situation und der einhergehenden Belastungen haben sie hierzu entscheidend beigetragen. Es wird auch weiterhin unser Anspruch sein, all unseren Bürgerinnen und Bürgern als kompetenter Ansprechpartner zur Seite zu stehen.“

LANGZEITVERGLEICH WOHNUNGSEINBRÜCHE (FÄLLE UND AUFKLÄRUNGSQUOTE)



POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK DER POLIZEIINSPEKTION LÜNEBURG/LÜCHOW-DANNENBERG/UELZEN

PKS 2021 – kurz & knapp

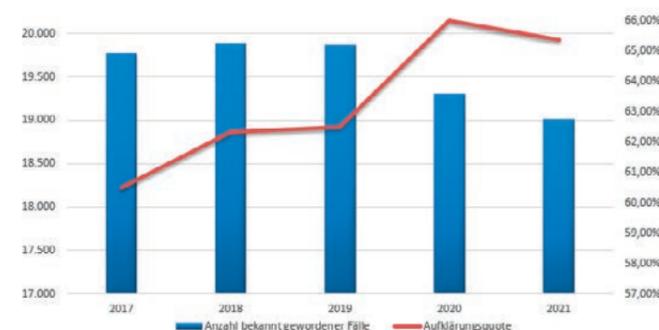
- Gesamtzahl der Straftaten sinkt weiterhin
- Rückgang der Taten in fast allen Deliktsbereichen
- Aufklärungsquote bleibt hoch

Mit der Veröffentlichung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2021 blickt die Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen auf ein wie im Vorjahr auch durch die Corona-Pandemie besonderes und zugleich arbeitsintensives Jahr zurück. Der unmittelbare Einfluss der Pandemie lässt sich dabei erneut auch in der Kriminalitätsentwicklung in verschiedenen Deliktsbereichen feststellen.

Gesamtzahl der Straftaten und Aufklärungsquote

Im Jahr 2021 sind in den drei Landkreisen der Polizeiinspektion insgesamt 19.006 Straftaten bearbeitet worden. Mit dem Rückgang (-1,54 %) setzt sich auch hier der positive Trend der letzten Jahre fort.

ENTWICKLUNG AUFKLÄRUNGSQUOTE PI LÜNEBURG/LÜCHOW-DANNENBERG/UELZEN



Bei sinkenden Fallzahlen ging die Aufklärungsquote in 2021 nur leicht zurück und liegt weiterhin bei mehr als 65 Prozent (2020: 66,01%). Mit 65,35 Prozent handelt es sich hierbei um den zweithöchsten Wert der letzten fünf Jahre (vgl. 2016: 60,35%). Herausragend sind dabei insbesondere auch die Aufklärungsquoten in den Landkreisen Lüchow-Dannenberg (74,71%) und Uelzen (71,64%).

Ein Parameter für die Bewertung der Kriminalitätsbelastung ist die Häufigkeitszahl: die Anzahl der registrierten Straftaten pro 100.000 Einwohner. Je größer die Häufigkeitszahl ist, desto mehr Kriminalität wird in einem Bereich registriert.

2021 lag diese für den Bereich der Polizeiinspektion mit 5.843 (2020: 5.940) deutlich unter dem 5-Jahres-Mittelwert (6.143). Es handelt sich dabei um den niedrigsten Wert seit 2016. Im Jahr 2021 lag die Häufigkeitszahlen des Landes Niedersachsen bei 5.686 und der Polizeidirektion Lüneburg bei 5.504.

Der durch Straftaten entstandene Schaden („erlangtes Gut“) ist mit 15.196.977 Euro knapp vier Millionen Euro höher als im Vorjahr (11.177.895 €) festgeschrieben worden. Den größten Anteil an der Gesamtsumme haben die Deliktsbereiche Vermögens- und Fälschungsdelikte mit rund 9,7 Millionen Euro und der Diebstahl gesamt mit rund 4,5 Millionen Euro.

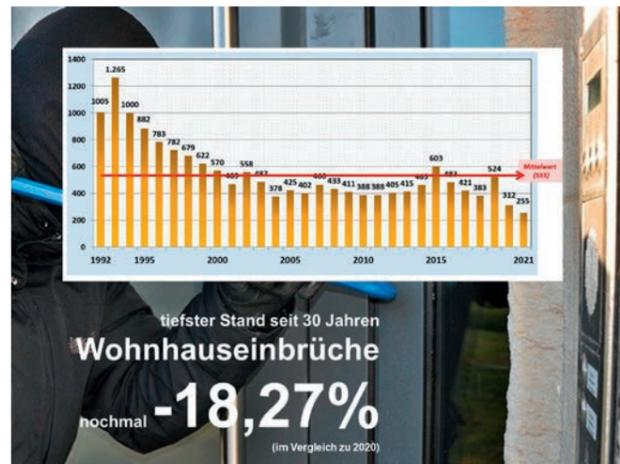
Die deutliche Erhöhung der Schadenssumme bei den Vermögens- und Fälschungsdelikten ist insbesondere im Deliktsbereich Warenbetrug mit einem Plus von rund 2,4 Millionen Euro auf 3.309.717 Euro eingetreten. Bei den Diebstahlsdelikten insgesamt gab es einen Rückgang von mehr als 586.000 Euro.

Haus- und Wohnungseinbrüche

Neben den Schwerpunkt- und Präventionsmaßnahmen der letzten Jahre haben unterstützend auch Lockdown und Homeoffice in den letzten beiden Jahren zu einem historischen Tiefstwert bei den Haus- und Wohnungseinbrüchen in der Region beigetragen (erneute Rückgang um mehr als 18 Prozent – nach mehr als 40 Prozent in 2020).

Die Polizei ließ parallel bei ihren Kontrollen und Präsenzmaßnahmen nicht locker, so dass im Verlauf des gesamten Jahres 2021 die Einbruchszahlen einschließlich der dunklen Jahreszeit 2021/2022 drastisch sanken und mit einer Gesamtzahl von 255 Haus- und Wohnungseinbrüchen in allen drei Landkreisen einen 30-Jahres-Tiefstand erreicht haben. Zum Vergleich: im Jahr 2015 gab es 603 Einbrüche in der Region; im Jahr 1993 waren es sogar 1.265.

Neben der polizeiinspektionsübergreifenden Fahndungs- und Ermittlungsarbeit setzt die Polizei vor allem auch auf die Hilfe und die Hinweise der Bürgerinnen und Bürger, die in der Vergangenheit mit Hinweisen auf verdächtige Personen oder Fahrzeuge die Arbeit der Ordnungshüter unterstützten.



Parallel wirbt die Polizei auch für die verstärkte Sicherung von Häusern und Wohnungen ... im vergangenen Jahr blieb bald jede zweite Tat „im Versuch stecken“ (42,75% = 109 Versuche), welches insbesondere auch auf die verstärkte Sicherung von Wohnobjekten zurückzuführen ist.

Die Aufklärungsquote liegt nach dem Rekordwert im Vorjahr bei 24,71 (2020: 31,73%), was bedeutet, dass fast jede vierte (versuchte oder vollendete) Tat geklärt werden konnte.

Rohheitsdelikte

Bedingt durch deutlich höhere Fallzahlen im Deliktsfeld „Straftaten gegen die persönliche Freiheit“ (u.a. Bedrohung) mit einem Plus von 22,75 Prozent kam es zu einem leichten Anstieg der Gesamtzahlen im Bereich der Rohheitsdelikte,

bei zum Teil deutlichen Rückgängen bei den Raub- und Körperverletzungsdelikten in der Region.

Einhergehend mit dem „Gesetzespaket gegen Hass und Hetze“ und der „Änderung“ des Tatbestands der Bedrohung, § 241 StGB, im April 2021 stieg die Fallzahl der tatbestandsmäßigen Bedrohungsdelikte von 419 (2020) um mehr als 50 Prozent (plus 56,85%) auf insgesamt 656 Taten (2021).

Die Gesamtzahl der Rohheitsdelikte erhöhte sich dadurch um 96 Taten auf 3.142 Fälle.

Erfreulich ist der Rückgang bei den Raubdelikten um 12,6 Prozent (auf 111 Taten) sowie der Körperverletzungsdelikte um mehr als 4,1 Prozent (auf 1.968 Taten).

Fast ein Viertel (399) der 1.728 tatverdächtigen Personen stand bei den Körperverletzungsdelikten unter dem Einfluss von Alkohol oder Betäubungsmitteln.

Erfreulich ist auch die Gesamtentwicklung bei den Gewaltdelikten (u.a. Mord, Totschlag, Vergewaltigung, Raub, Gefährliche und schwere Körperverletzung, Menschenraub, Geiselnahme). Auch hier sank die Gesamtzahl um fast zehn Prozent auf 623 Taten (2020: 689) bei einer Aufklärungsquote von 87,48 Prozent (plus 3,59 %).

Mit Besorgnis betrachtet die Polizei auch weiterhin die Vorfälle von Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte. Hier stagnierten die Zahlen analog der Entwicklung auf Landes- und Direktionsebene auch in den Landkreisen Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Uelzen im Jahr 2021. Sie liegen mit 162 Taten weiterhin leicht über dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre (159).

Bei den Fällen handelt es sich größtenteils um Einzeltaten, die sich im Zusammenhang mit den täglichen Einsatzlagen ergeben hatten. In Zusammenhang mit den 162 Fällen wurden 379 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte als Opfer erfasst. 56 davon erlitten leichte Verletzungen.

Auch vor dem Hintergrund der zur Eindämmung der Corona-Pandemie erforderlichen Einschränkungen im Alltag und der damit insbesondere für Familien verbundenen sozialen und psychischen Belastungssituation hat die Polizei auch in 2021 insbesondere in der Präventionsarbeit zusammen mit anderen Partnern ein besonderes Augenmerk auf die Thematik „Häusliche Gewalt“ gelegt.

Im Zeitraum des Jahres 2021 gab es im Inspektionsbereich insgesamt 813 Fälle gemäß der bundeseinheitlichen Definition „Häusliche Gewalt“. Trotz intensiver Aufklärung und Hilfsangeboten ist ein hohes Dunkelfeld hier weiterhin wahrscheinlich. Dies liegt daran, dass die Opfer oft stark eingeschüchtert sind, erhebliche Nachteile befürchten und Angst davor haben, die Täterin oder den Täter anzuzeigen. In diesem Zusammenhang bietet die Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen u. a. Veranstaltungen zum Thema „Wie schützen sich Frauen?“ an. Neben der gezielten Präventionsarbeit gilt es Täterinnen und Täter zur Verantwortung zu ziehen. In dieser Hinsicht ist auch die Mithilfe der Bevölkerung wichtig, sei es, Verdachtsfälle von häuslicher Gewalt der zuständigen Polizeidienststelle zu melden oder Opfer zu ermutigen, sich selbst an die Polizei zu wenden.

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Einen deutlichen Anstieg bei den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung auf 527 Taten (plus 155) gab es im Jahr 2021, womit sich hier der Negativtrend der letzten Jahre fortsetzte. Die Aufklärungsquote in dem Deliktsfeld ist weiterhin hoch und liegt hier bei 87,48 Prozent.

Den größten Teil bei der Steigerung der Fallzahlen macht hier die Verbreitung von pornografischen Schriften (§ 184ff StGB) – Anstieg um 62,14 Prozent auf 227 Taten (2020: 140) – aus, was u.a. auf das Anzeigeverhalten und die technischen Möglichkeiten u. a. bei dem Verbreiten von pornografischen Bildern über Messenger-Dienste auch bei Kindern und Jugendlichen zurückzuführen ist.

Diebstahlsdelikte:

Nach einem deutlichen Rückgang um fast 27 Prozent im Vorjahr war im Jahr 2021 im Bereich des Fahrraddiebstahls ein Anstieg der Fallzahlen von mehr als acht Prozent (plus 8,39 %) auf 1.356 Taten zu verzeichnen. Besonders betroffen davon waren jeweils die Stadt/Region Lüneburg sowie die Stadt Uelzen. Die Aufklärungsquote sank hier trotz des Ermittlungserfolgs einer Lüneburger Ermittlungsgruppe auf 9,81 Prozent.

Auch aufgrund der Tatsache, dass nur vereinzelt polizeilich codierte Fahrräder entwendet werden, wirbt die Polizei weiterhin für die auch in 2022 geplanten kostenlosen Fahrradcodierungen.

Auch unterstützend durch die Corona-Pandemie konnte die Polizei 2021 niedrigste Fallzahlen (u. a. erneute Mehrjahres-Tiefststände in den Deliktsbereichen Taschendiebstahl, Ladendiebstahl und Kfz-Diebstähle und -Aufbrüche präsentieren).

Die Fallzahlen beim Taschendiebstahl sind trotz mehrerer Tatserien auch im Umfeld von Einkaufsmärkten im fünften Jahr rückläufig und konnten seit 2016 mehr als halbiert werden.

Beim Ladendiebstahl sanken die Zahlen erneut um 18,96 Prozent auf 859 Taten.

Gleiches gilt für einen klassischen Deliktsbereich der „Beschaffungskriminalität“: den Diebstählen an/aus Pkw („Pkw-Aufbruch“). Auch hier sank die Zahl um mehr als 13 Prozent und hat sich mit 451 Fällen (2020: 522) seit 2015 ebenfalls fast halbiert.

Ein Gros der Zahlen machen hier parallel die Aufbruchsserien überregional agierender professioneller Fahrzeugteilediebe aus.

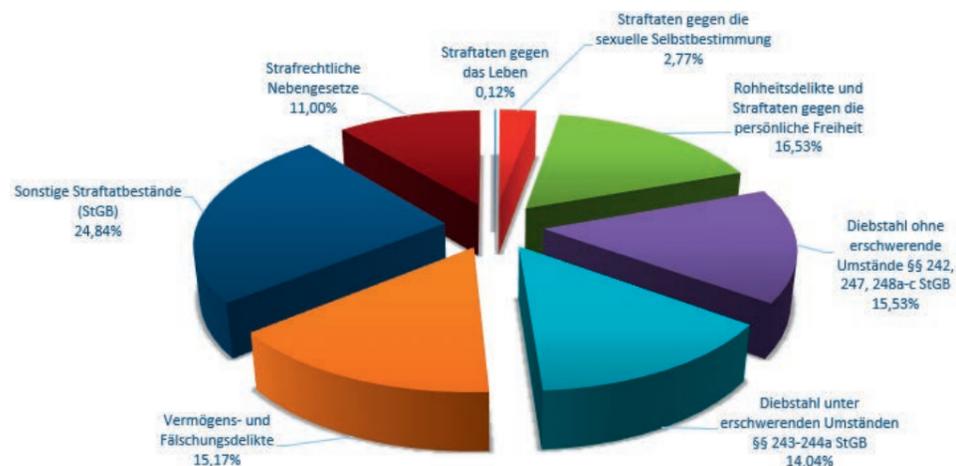
Einen deutlichen Rückgang (minus 19 Taten) um mehr als 25 Prozent gab es beim Kraftfahrzeugdiebstahl (2021: 56 Taten), der sich damit deutlich unter dem „5-Jahres-Durchschnittswert“ befindet.

Ausblick auf das Jahr 2022

Die Polizeiinspektion wird wesentliche Schwerpunkte der letzten Jahre fortsetzen und teilweise intensivieren. Der Maßnahmenplan 2022 hat dabei folgende Schwerpunkte:

- Intensivierung der Bekämpfung von Clankriminalität
- Bekämpfung der Straßenkriminalität
- Bekämpfung der Betäubungsmittel-Kriminalität (u. a. Clamart-Park)
- Fortführung des Konzepts zur Bekämpfung von Haus- und Wohnungseinbrüchen
- Fortsetzung Drogenerkennung im Straßenverkehr
- Intensivierung der Maßnahmen im Themenfeld „Kinderpornografie“
- Fortführung der erfolgreichen Präventionskampagnen (Verkehrs- und Kriminalprävention)

VERTEILUNG DER STRAFTATEN IN DER PI LÜNEBURG/LÜCHOW-DANNENBERG/UELZEN NACH DELIKTSARTEN



ROLLE DER POLIZEI IM STRAFVERFAHREN

Am Anfang steht die Strafanzeige. Wie geht es danach weiter?



Regelmäßig erreichen die Pressestellen der Polizeiinspektionen und der Polizeidirektion Lüneburg Nachfragen zu laufenden Strafverfahren. Häufig können oder dürfen sie zu bestimmten Verfahren allerdings keine Auskunft geben. Dies liegt an den gesetzlichen Aufgaben der Polizei in Strafverfahren. Diese strafrechtlichen Vorschriften sind den Fragestellern häufig nicht oder nicht im Einzelnen bekannt. In diesem Beitrag wird der standardisierte Ablauf eines Strafverfahrens in groben Zügen dargestellt und somit auch die Rolle der Polizei innerhalb dieses Verfahrens deutlich gemacht.

I. Zweck des Strafverfahrens

Das Strafverfahren verfolgt im Wesentlichen die Ziele der Wahrheitsfindung, der Rechtsstaatlichkeit und des Rechtsfriedens.

Das Verfahren dient zunächst der Ermittlung der Wahrheit. Hierzu wird der Sachverhalt, wie er sich tatsächlich abgespielt hat, möglichst umfassend aufgeklärt, um eine materiell zutreffende Entscheidung zu ermöglichen. Das Verfahren soll darüber hinaus rechtsstaatlich verlaufen, d. h. niemand soll unverhältnismäßigen Eingriffen von staatlicher Seite ausgesetzt sein. Hierzu dienen auch Prozessregelungen, wie die Garantie des rechtlichen Gehörs und der Anspruch auf den gesetzlichen Richter. Schließlich bezweckt das Verfahren

durch eine abschließende und verbindliche Entscheidung die Geltung der Rechtsordnung zu unterstreichen und hierdurch den Rechtsfrieden zu fördern.

II. Ermittlungsverfahren

Für die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens bedarf es zunächst zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte für eine verfolgbare Straftat (Anfangsverdacht).

Jedermann ist befugt bei der Staatsanwaltschaft, der Polizei oder einem Gericht mündlich oder schriftlich eine Straftat anzuzeigen. Darüber hinaus sind die Ermittlungsbehörden beim Vorliegen eines Anfangsverdachts zur Einleitung des Ermittlungsverfahrens „von Amts wegen“ verpflichtet. Das Ermittlungsverfahren richtet sich gegen eine beschuldigte Person, auch wenn diese ggf. noch unbekannt ist.

Das Ermittlungsverfahren wird von der Staatsanwaltschaft als „Herrin des Verfahrens“ geleitet. Im Auftrag der Staatsanwaltschaft führt regelmäßig die Polizei den überwiegenden Teil der praktischen Ermittlungsarbeit durch. Mitarbeitende der Polizei wirken insoweit als Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft (§ 152 Gerichtsverfassungsgesetz) in diesem Abschnitt des Strafverfahrens mit.



Ziel des Ermittlungsverfahrens ist es, den Sachverhalt aufzuklären und hierbei nicht nur belastende Beweise, sondern auch entlastende Beweise zu identifizieren. Hierzu stützen sich die Polizei und die Staatsanwaltschaft auf die insbesondere in den §§ 81–163 der Strafprozessordnung (StPO) geregelten Ermittlungsmaßnahmen. Die Identitätsfeststellung

und Vernehmungen von Zeugen¹ respektive Beschuldigten, die Fertigung von Lichtbildern und Fingerabdrücken, Durchsuchungen oder aber auch die Telekommunikationsüberwachung seien an dieser Stelle nur exemplarisch genannt.

Das Ermittlungsverfahren endet, sobald die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen für ausreichend hält. Bei hinreichendem Tatverdacht, also wenn eine Verurteilung zu erwarten ist, erhebt sie Anklage (§ 170 Abs. 1 StPO) bzw. stellt sie Antrag auf Strafbefehl (§ 407 StPO).

Anderenfalls kann sie das Verfahren aufgrund fehlender Verurteilungswahrscheinlichkeit vor Gericht („mangels genügenden Anlasses zur Klageerhebung“ gem. § 170 Abs. 2 StPO) oder aufgrund Geringfügigkeit (§§ 153 ff. StPO) einstellen.

Auch die Verjährung von Straftaten, die fehlende Schuldfähigkeit von Beschuldigten oder ein fehlender Strafantrag (sofern dieser notwendig gewesen wäre) sind mögliche Ursachen für eine Einstellung.

Des Weiteren kann die Staatsanwaltschaft in Ermangelung eines öffentlichen Interesses auf den Privatklageweg verweisen. Diese Möglichkeit kommt nur bei abschließend katalogisierten, weniger gravierenden Straftaten (z. B. Hausfriedensbruch, Beleidigung, Sachbeschädigung) in Betracht.

Spätestens bei Abschluss der Ermittlungen gewährt die Staatsanwaltschaft dem gegebenenfalls beauftragten Verteidiger Akteneinsicht.

III. Zwischenverfahren

Nach Eingang der Anklageschrift entscheidet das Gericht im Zwischenverfahren, ob das von der Staatsanwaltschaft beantragte Hauptverfahren eröffnet wird. Das Verfahren liegt somit nunmehr in den Händen des Gerichtes.

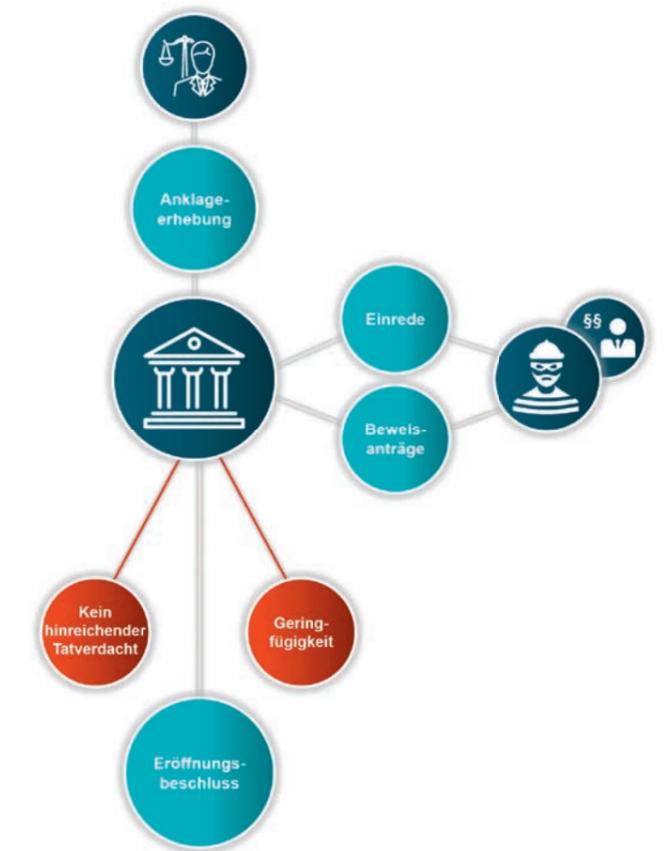
Bereits mit der Anklageerhebung wird der Beschuldigte zum Angeschuldigten.

Dieser erhält nach Mitteilung der Anklageschrift die Gelegenheit zur Einrede oder Stellung weiterer Beweisanträge.

Das Gericht prüft unabhängig die Akten und entscheidet auf Grundlage der vorgelegten Beweislage, ob aus seiner Sicht ein hinreichender Tatverdacht gegen den Angeschuldigten besteht oder nicht.

Wird kein hinreichender Tatverdacht begründet, lehnt das Gericht die Eröffnung des Hauptverfahrens ab.

¹ Die StPO verwendet nur die männliche Form. Dieser Text folgt der gesetzlichen Formulierung. Gemeint sind aber alle Menschen.



Das Gericht kann auch im Falle eines hinreichenden Tatverdachts das Zwischenverfahren mit der Einstellung wegen Geringfügigkeit beenden. Ansonsten erlässt das Gericht bei hinreichendem Tatverdacht den Eröffnungsbeschluss, der in das Hauptverfahren leitet.

IV. Hauptverfahren

Das Hauptverfahren verbleibt in den Händen des Gerichtes. Mit dem Eröffnungsbeschluss wandelt sich der Begriff des Angeschuldigten zum Angeklagten.

Nach der entsprechenden Vorbereitung beginnt die Hauptverhandlung grundsätzlich mündlich und öffentlich vor dem zuständigen Gericht. In der Hauptverhandlung können auch Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamten als Zeugen vernommen werden.

Der Gang der Hauptverhandlung ist gesetzlich in der StPO geregelt. An ihrem Ende entscheidet das Gericht ob der

Tatvorwurf berechtigt ist oder nicht. Daraus ergeben sich entweder die Verurteilung oder der Freispruch.

Das Urteil wird im Stehen und öffentlich, ausdrücklich „im Namen des Volkes“ verkündet. Die Urteilsgründe werden mitgeteilt und es wird darüber aufgeklärt, welche Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt werden können. Im Falle eines Freispruches ist der Angeklagte möglicherweise zu entschädigen (u. a. bei vorangegangener Untersuchungshaft).

Mit der Urteilsverkündung wird die Hauptverhandlung geschlossen.

Sofern das Urteil rechtskräftig wird – das heißt, wenn keine Berufung oder Revision eingelegt wird bzw. diese abgelehnt werden – endet das Hauptverfahren und geht in das Vollstreckungsverfahren über.

V. Vollstreckungsverfahren

Das Vollstreckungsverfahren richtet sich gegen den nunmehr Verurteilten. Ziel ist die Durchsetzung der aus der Verurteilung erwachsenen Rechtsfolgen (u. a. Freiheitsstrafe, Bewährungsstrafe, Sicherungsverwahrung, Geldstrafe, Berufsverbot, Fahrverbot). Dies übernimmt grundsätzlich die Staatsanwaltschaft als zuständige Vollstreckungsbehörde. Einen weiteren wesentlichen Teil des Vollstreckungsverfahrens bildet der Strafvollzug.



FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ

Widerstandskraft und demokratisches Selbstverständnis stärken!

„Wir dürfen die freiheitliche Demokratie nicht als selbstverständlich nehmen, dies lehrt uns die Geschichte. Die Polizei als Vertreterin der Exekutive muss stets wachsam sein und aktiv für den Erhalt der Demokratie eintreten. Indem wir ihre Werte aktiv leben, uns mit ihr und unserem Handeln selbstkritisch auseinandersetzen, schützen und bewahren wir sie. (...)“, so Polizeipräsident Thomas Ring bei der Eröffnungsveranstaltung der Wanderausstellung „Freunde-Helfer-Straßenkämpfer. Die Polizei in der Weimarer Republik“ im September 2021 in Lüneburg.

Der Polizeidirektion Lüneburg hat einen Schwerpunkt daraufgelegt, das freiheitlich-demokratische Selbstverständnis der Menschen innerhalb und außerhalb der Polizei zu bewahren und die Widerstandsfähigkeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber demokratiegefährdenden Einflüssen zu stärken. Es braucht vor allem Mitarbeitende, die auf der Grundlage eines „gesunden“ Demokratieverständnisses zum Gegenhalten befähigt, ermutigt und sich der eigenen Verantwortung bewusst sind.



Aus diesem Grund war es Polizeipräsidenten Thomas Ring eine besondere Freude die oben genannte Wanderausstellung im Museum Lüneburg präsentieren zu können.

Die öffentlich zugängliche Wanderausstellung legte den Fokus ausdrücklich auf die historische Entwicklung und die Veränderung der Polizei in der Weimarer Republik. Sie zeigte anhand von originalen Exponaten aus der Sammlung des Polizeimuseums Niedersachsen und von Privatpersonen, wie eine demokratisch geprägte, bürgernahe Polizei ihre Werte und Normen zwischen den blutigen Straßenkämpfen der politischen Parteien der Weimarer Republik zu verteidigen versuchte und schließlich durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten in eine vollkommen andere Rolle gedrängt wurde.

Dabei lag der Schwerpunkt der Ausstellung, die für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich war, auf den Regionen des heutigen Niedersachsens.



v.l.n.r. Polizeivizepräsident Hans-Jürgen Felgentreu, Polizeipräsident Thomas Ring, Leiterin des Museums Lüneburg Prof. Dr. Heike Düselder, Lehrbeauftragter für Polizeigeschichte Dr. Dirk Götting (Polizeiakademie Niedersachsen)

Zusätzlich zur Wanderausstellung fanden mehrere Themenabende, teils mit regionalem Bezug, statt.

Frau Dr. Carola Rudnick, wissenschaftlich-pädagogische Leiterin der „Euthanasie“-Gedenkstätte Lüneburg, referierte beispielsweise über „Euthanasie und Polizei? – Zwischen Beteiligung und Betroffenheit“. Sie hat einen bewegenden Einblick in die damalige Geschichte gezeigt und dabei deutlich gemacht, dass an der Entrechtung von Psychiatriepatientinnen und -patienten im Nationalsozialismus nicht nur Mediziner beteiligt waren. Der Vortrag löste bei den Teilnehmenden vor allem Betroffenheit aus.



Darüber hinaus hat die Polizeidirektion Lüneburg noch viele weitere Maßnahmen ergriffen oder in Planung, um hier „den Fokus zu schärfen“.

Im Juni 2021 führte sie z.B. eine **Veranstaltung** zu der Thematik „**Demokratische Resilienz gegen extremistische Einflüsse**“ durch. Mit der Vortragsreihe wird die Handlungssicherheit im Umgang mit diskriminierenden, extremistischen sowie populistischen Äußerungen gefördert. So soll nach innen gehandelt, aber auch nach außen gewirkt werden. Für die Veranstaltung konnten namenhafte externe Referierende gewonnen werden, welche die Themen

- „Argumentieren gegen Parolen und Populismus“,
- „Racial Profiling und Rassismus allgemein“ sowie
- „Rechtsextremistische WhatsApp-Chatgruppen bei der Polizei“

aufgriffen.

Die Vorträge bezogen sich auf praxisnahe Beispiele der Polizeiarbeit und verdeutlichten die Wichtigkeit, sich mit der demokratischen Resilienz zu beschäftigen.

Um sie allen Mitarbeitenden zugänglich zu machen, wurden die Vorträge aufgezeichnet und in das polizeiinterne soziale Netzwerk eingestellt.

Außerdem wurden im Rahmen einer Fortbildungsreihe der Polizeiakademie Niedersachsen sogenannte

Demokratiepatinnen und –paten

aus unseren sechs Polizeiinspektionen und der Zentralen Kriminalinspektion ausgebildet. Deren Aufgabe ist nun u.a. Handlungssicherheit im Umgang mit diskriminierenden, extremistischen sowie populistischen Äußerungen zu vermitteln und gleichzeitig die Sensibilisierung zum Thema zu fördern.

Indem wir demokratische Werte aktiv leben, uns mit ihnen und unserem Handeln selbstkritisch auseinandersetzen, schützen und bewahren wir die Demokratie.



DIE PRÄVENTIONSPUPPENBÜHNE DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Die Präventionspuppenbühne der Polizeidirektion Lüneburg bietet Kindergärten und Grundschulen ein Präventionsprogramm an, bei dem das emotionale und soziale Lernen und das Vermitteln von Handlungskompetenzen in Konflikten, die Sicherheit im Straßenverkehr und Grundkenntnisse für den Umgang mit dem Internet im Mittelpunkt stehen.

Zielgruppe sind Kinder von der Vorschule bis hin zur vierten Grundschulklasse in den Landkreisen Celle, Harburg, Heidekreis, Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Rotenburg (Wümme), Stade und Uelzen. Daneben hat die Puppenbühne ein Programm speziell für Seniorinnen und Senioren im Angebot. In über 200 Veranstaltungen werden über 13.000 große und kleine Zuschauerinnen und Zuschauer jährlich erreicht.

Folgende Stücke werden gespielt:

Das Rätsel der gelben Füße (Vorschulalter)

Die pffiffige Maus Frieda und der gemütliche Hofhund Herr Meier genießen ein herrliches Leben auf dem Land. Eines Morgens entdeckt Frieda in der Zeitung ein Foto von gelben Fußspuren in der Stadt. Wo kommen die gelben Füße nur her und vor allem – warum sind sie überhaupt da!?!

Beide wittern einen Kriminalfall und machen sich auf eine Reise in die Stadt, um das Rätsel der gelben Füße zu lösen. Dabei lernen nicht nur die Beiden, wo und wie man am sichersten über eine Straße kommt.

Doch wem gehört nur der gelbe Gummistiefel und warum klebt da gelbe Farbe dran? Was macht „Matze das Zebra“ im Stadtpark? Da hilft nur eines: eine Stiefelbesitzerertapungsfalle!

Das Stück vermittelt zukünftigen Schulanfängerinnen und -anfängern wichtige Grundregeln im Straßenverkehr.

Jan & Tina „Wissen um Gefühle“ und „Umgang mit Konflikten“ (2. Klasse)

Das Angebot umfasst ein Präventionsprogramm, in dem das emotionale und soziale Lernen sowie das Vermitteln von Handlungskompetenzen in Konflikten im Mittelpunkt stehen.

In den ersten beiden Unterrichtsstunden erleben die Kinder mit den Hauptfiguren Jan und Tina alltägliche Situationen, die mit unterschiedlichen Gefühlen zu tun haben. Die Kinder erkennen in kleinen Puppenspielsequenzen sechs Grundgefühle (traurig-fröhlich, ängstlich-mutig, ärgerlich-lustig). Sie erweitern ihr Wissen um Gefühle auf spielerische Art und Weise. Unter Einbindung verschiedener Arbeitsmaterialien lernen sie Gefühle bei sich und anderen zu erkennen und zu benennen.

In zwei weiteren Unterrichtsstunden steht das Thema Streit im Vordergrund. Die Kinder sehen wie die Freunde Jan und

Tina sich darum streiten, wer ins Tor geht und dass beide ohne Klärung ärgerlich den Spielplatz verlassen. Jetzt können die Kinder ihr Wissen um Gefühle gut gebrauchen, um Jan und Tina zu helfen. In Kleingruppen werden die Kinder angeregt, Lösungsvorschläge zu entwickeln. Sie präsentieren diese anschließend in kleinen Schauspielsequenzen. Eine Versöhnung der Freunde kann herbeigeführt werden. Dadurch werden die Handlungskompetenzen in Konflikten und das Selbstbewusstsein der Kinder gestärkt. Als echte „Meisterin der Gefühle“ oder als echter „Meister der Gefühle“ hat jedes Kind einen Orden und die Klasse eine Urkunde verdient.

Du darfst es sagen (2.Klasse)

Bei dem Projekt „Du darfst es sagen“ handelt es sich um die Umsetzung des Themas Häusliche Gewalt in Form eines Koffertheaters. Der daraus entstandene Film kann in Zusammenarbeit mit dem Kinderschutzbund Lüneburg im Unterricht der 2. Klassen eingesetzt werden. Anhand von vier Szenen werden Situationen und deren Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Im Vordergrund steht, Kindern Hilfsangebote zu vermitteln, wie z.B. die bundesweite Nummer gegen Kummer.

Netz-Dschungel (4. Klasse)

Die Zuschauerinnen und Zuschauer erleben mit dem 10-jährigen Tobias eine Reise durch das weltweite Internet. Symbolisch wird die Reichweite des Internets mittels Tierfiguren aus verschiedenen Ländern bzw. Kontinenten dargestellt. Er begegnet z.B. dem lustigen Pinguin aus der Antarktis, dem Didgeridoo spielenden Känguru Arnie aus Australien oder einem plappernden Papageien aus dem südamerikanischen Regenwald.

Tobias taucht immer weiter ins World-Wide-Web ein. Bei seiner Netzreise glaubt er, mit der hilfsbereiten, niedlichen Maus Trixi Freundschaft geschlossen zu haben und gibt unbedarft viele persönliche Daten von sich im Internet preis.



Ihre Ansprechpersonen:

Hanna Sterner | Kai Lühns

Präventionspuppenbühne Polizeidirektion Lüneburg - Dezernat 11 –

Auf der Hude 2 21339 Lüneburg

Tel.: 04131 8306 - 11 11

E-Mail: praeventionspuppenbuehne@pd-lg.polizei.niedersachsen.de

Als Trixis Maske fällt und sie ihr wahres Gesicht zeigt werden virtuelle Wahrheiten in Frage gestellt, doch auf Tobias Schulfreund Mark und auf seine Mama ist wirklich Verlass.

In dem Stück werden erste wichtige Thematiken zur Mediensicherheit vermittelt.

„Kennen Sie schon Werner Kratzke?“ (Seniorinnen und Senioren)

In dem Programm für Lebenserfahrene werden den Zuschauerinnen und Zuschauern Tipps, Hinweise und Anregungen gegeben wie man sich speziell als älterer Mensch davor schützen kann, Opfer von Straftaten zu werden. Ablenkung und Täuschung sind dabei bevorzugte Tathandlungen mit denen die Täterinnen bzw. Täter das Geld oder die Wertgegenstände der älteren Menschen ergaunern oder stehlen wollen.

Begleitet wird der Kollege von seinen liebenswerten Puppen, die auf humorvolle und anschauliche Art und Weise von ihren Erfahrungen mit Betrugs- und Diebstahlsdelikten (z.B. Enkeltrick, Haustürgeschäften, Falscher Polizist) berichten.

DAS PRÄVENTIONSTEAM DER POLIZEIINSPEKTION LÜNEBURG/ LÜCHOW-DANNENBERG/UELZEN

Expertinnen und Experten für Sicherheit und Prävention

Zur Intensivierung von Präventionsmaßnahmen sind die Fachkompetenzen der Beauftragten für Jugendsachen und Kriminalprävention sowie der Verkehrssicherheitsberaterinnen bzw. -berater im Sinne eines ganzheitlichen Präventionsansatzes auf Ebene der Polizeiinspektion in einen „Präventionsteam“ gebündelt. An den Standorten des Polizeikommissariats Lüchow und des Polizeikommissariats Uelzen wurden hauptamtliche „Sachbearbeiter Prävention“ eingesetzt. Damit ist eine starke Präventionserweiterung mit Bündelungs- und Steuerungsmöglichkeit gewährleistet.

Beauftragte für Kriminalprävention (BfK)

Der hohe Stellenwert der Kriminalprävention im Spektrum polizeilicher Aufgaben ergibt sich nicht nur aus der herausragenden Bedeutung des Schutzes vor Kriminalität für die Bevölkerung, sondern auch aus der Erkenntnis, dass es sinnvoller ist, Straftaten gar nicht erst entstehen zu lassen, als sie später mit großem Aufwand verfolgen zu müssen.

Zu den Aufgaben der Beauftragten für Kriminalprävention gehören:

- Verhaltensorientierte Prävention und sicherungstechnische Beratung
- Mitwirkung in kommunalen Präventionsgremien sowie Mitgliedschaft in gemeinnützigen Präventions-Fördervereinen
- Auswertung von Statistiken sowie Lagebildern und Umsetzung in Präventionsmaßnahmen
- Beteiligung an Ausstellungen und Messen
- Umsetzung des „Programms Polizeiliche Kriminalprävention“ (ProPK) sowie spezieller Landesprogramme
- Maßnahmen zur Motivation und Identifikation der Mitarbeiter/innen mit den Inhalten der Kriminalprävention
- Mitwirkung bei einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit zur Erreichung der Präventionsziele
- Prävention für Senioren und Seniorinnen

Beauftragter für Jugendsachen (BfJ)

„Es ist besser, den Verbrechen vorzubeugen, als sie zu bestrafen.“ Das wusste Cesare Beccaria schon vor mehr als 250 Jahren. Prävention für Jugendliche und mit Jugendlichen ist dabei besonders wichtig. Gerade in der Phase des Erwachsenwerdens brauchen junge Menschen Orientierungshilfe, Vorbilder, Grenzen und wohlwollende Unterstützung. Aber auch Eltern, Erziehungsverantwortliche und Lehrerinnen und Lehrer gehören zur Zielgruppe des Beauftragten für Jugendsachen (BfJ).



Zu den Aufgaben zählen aktive Präventionsangebote im Bereich der Gewaltprävention und Zivilcourage, der Rauschmittel- bzw. Drogenprävention sowie der große Bereich der Mediensicherheit. Maßnahmen der universellen Prävention gehören genauso dazu wie die lokale und überregionale Netzwerkarbeit.

Eine große Herausforderung ist es, den Jugendlichen auf Augenhöhe zu begegnen, den erhobenen Zeigefinger zu vermeiden und am Puls der Zeit zu sein. Jugendliche wollen wertgeschätzt und beteiligt werden. Und sie wollen bei aktuellen Themen „abgeholt“ werden.

Es heißt also bewährte Angebote fortzuführen und neue Themenbereiche anzupacken. Hierzu hat die PI Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen in Kooperation mit den Nachbardiinstellen das Thema Hatespeech neu aufgenommen. Der Umgang mit Hass im Netz kann gelernt werden. Es gibt erfolgversprechende Strategien der Gegenrede. In einem Workshop lernen die Jugendlichen, wie sie sich und andere im Netz schützen können und den Angreifenden gewaltfrei Grenzen aufzeigen. Für das Training wird in einem Online-Chatraum – aber auch analog im Klassenzimmer miteinander gearbeitet.

Es ist Zeit für mehr Digitalcourage!

Aufgaben der Beauftragten für Jugendsachen:

- Steuern und Koordinieren von polizeilichen Präventionsprojekten im Jugendbereich (auch Umsetzung von bundesweiten Projekten des ProPK bzw. DFK) in Kooperation mit der / dem Beauftragten für Kriminalprävention bzw. dem Verkehrssicherheitsberater (Präventionsteam)
- Mitwirken, initiieren und koordinieren von polizeilichen Maßnahmen im Bereich der Jugendgefährdung in Abstimmung mit der Leitung FK 6 bzw. KED und den nach dem KJHG zuständigen Stellen
- Ständiger Austausch und kooperative Zusammenarbeit mit dem FK 6, dem KED und den Polizeistationen
- Mitwirken an der Aus- und Fortbildung von Jugendsachbearbeiterinnen/-bearbeitern in enger Kooperation mit der oder dem Aus- und Fortbildungsbeauftragten und mit der Leitung des FK 6 bzw. KED
- Auswerten zugeleiteter / angeforderter polizeilicher Vorgänge von Kindern und Jugendlichen; Analyse der Auswertungsberichte / Verfahrenserkenntnisse, Lagebilder pp., um Ansätze für präventive Maßnahmen zu gewinnen
- Mitwirken in Präventionsgremien und bei Projekten außerhalb polizeilicher Institutionen, kommunalen Präventionsräten, Jugendhilfeausschüssen, Elternräten und Opferhilfeeinrichtungen, soweit aus fachlichen Gründen nicht eine Mitwirkung der Leitung FK 6 bzw. KED geboten ist.
- Herstellen und Halten von Kontakten zu Behörden, Schulen, Institutionen, Selbsthilfegruppen, Präventionsräten pp., insbesondere Koordinierung und Wahrnehmung der Aufgaben i.S. des Gem. RdErl MK, MI und MJ „Zusammenarbeit von Schule, Polizei und Staatsanwaltschaft“ vom 01.06.2016 in Abstimmung mit der Leitung FK 6 bzw. KED
- Vortragstätigkeiten (z.B. bei Konferenzen der Lehrkräfte oder Elternabenden) bzw. verhaltensorientierte Präventionsmaßnahmen (z.B. Präventionsunterrichte an Schulen) im Rahmen des Präventionsauftrages
- Mitwirken bei der Öffentlichkeitsarbeit in Jugendsachen
- Mitwirken bei der Erstellung eines Jahresberichts zur Jugendkriminalität und -gefährdung für den Bereich der Polizeiinspektion

Geschäfts- und Beratungsstelle für polizeiliche Kriminalprävention
Auf der Hude 2 - 21339 Lüneburg | Postanschrift: Auf der Hude 1 - 21339 Lüneburg

Ihre Ansprechpersonen:

Beauftragte für Kriminalprävention
Kriminalhauptkommissar Michael Falk
Polizeihauptkommissarin Kathrin Richter
Telefon: 04131/8306-2309 und -2307
E-Mail: praevention@pi-lg.polizei.niedersachsen.de

Beauftragter für Jugendsachen
Kriminalhauptkommissar Arne Schmidt
Telefon: 04131/8306-2306
E-Mail: praevention@pi-lg.polizei.niedersachsen.de

Verkehrssicherheitsberater
Polizeioberkommissar Martin Schwanitz
Telefon: 04131/8306-2302
E-Mail: praevention@pi-lg.polizei.niedersachsen.de



v.l.n.r. Martin Schwanitz, Kathrin Richter, Arne Schmidt, Michael Falk



Verkehrssicherheitsberater (VSB)

In der Polizeiinspektion wird Verkehrssicherheitsarbeit „GROß“ geschrieben. Immer wieder gelangen öffentlichkeitswirksame Aktionen, um auf die Gefahren im Straßenverkehr hinzuweisen.

Dabei gibt es bei vielen Projekten eine enge Zusammenarbeit mit der Verkehrswacht Lüneburg e. V., die im Jahr 2020 sogar den bundesweit ausgeschriebenen Mobil & Sicher Preis in Gold für die Aktion „Abstand halten!“ gewann. Es entstanden auch Aktionen wie „LICHT AN!“, die landkreisübergreifend umgesetzt wurde oder der große Fahrradhelm-Ausmalwettbewerb, an dem sich über 1.400 Kinder beteiligten.

Um Verkehrssicherheit bei Kindern geht es auch bei der jährlichen Radfahrausbildung; hier spielt der Verkehrsübungsplatz eine große Rolle. Schulen werden allgemein bei der Radfahrausbildung unterstützt. Aber auch Eltern werden involviert: Viele lassen sich zu Schulweglotsen ausbilden und geben den Kindern vor Ort so mehr Sicherheit.

Andere Zielgruppen, z. B. Seniorinnen und Senioren, werden mit Vorträgen und Kursen wie „Fit mit dem Auto“ oder auch dem künftigen Projekt „Fit mit dem Pedelec“ angesprochen.

Aufgaben des Verkehrssicherheitsberaters:

- Ansprechpartner für die Kontaktbeamtinnen und -beamte (KOB), Polizeistationen, PK Lüchow und PK Uelzen, Fahrlehrkräfte, Vereine, Verbände, Institutionen
- Erstellung von Unterlagen für den Verkehrsunterricht
- Teilnahme an Elternarbeit / Elternabenden in Schulen
- Begleitung von Veranstaltungen
- Diverse Projekte aller Art („Saure Zitrone“, Verkehrserziehung, „Gelbe Füße“ pp.)
- Öffentlichkeitsarbeit durch positive Darstellung der Polizei durch besondere Themen u.a. „Rübenzeit“, Reisebeginn, „Dunkle Jahreszeit“
- Schulwegsicherung und Fahrradaktionen mit den KOB und den Polizeistationen
- Erstellen von Schulwegplänen
- Pflege von Netzwerken
- Beratung beginnt im Kindergarten und setzt sich fort über die Schulen, Betrieben, Vereinen, Verbänden und anderen Organisationen bis hin zur Seniorenarbeit nach dem Prinzip des lebenslangen Lernens
- Zusammenarbeit mit anderen Trägern der Verkehrssicherheitsarbeit (Verkehrswacht, ADAC, ADFC pp.)
- Kontaktpflege zu Behörden, Institutionen, Verbänden pp.
- Miteinbeziehung von internen und externen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
- Umfangreiche Fortbildungsmaßnahmen
- Programme, Ideen und Aktionen anderen zugänglich machen



Schwerpunktt Themen der Präventionsarbeit bei den Polizeikommissariaten Lüchow und Uelzen



Beratungsstelle für polizeiliche Kriminalprävention - Landkreis Lüchow-Dannenberg

Polizeihauptkommissar
Kay Eggert
Sachbearbeiter Prävention
Polizeikommissariat Lüchow
Saaßer Chaussee
29439 Lüchow (Wendland)
Tel. 05841/122-224



Beratungsstelle für polizeiliche Kriminalprävention - Landkreis Uelzen

Polizeihauptkommissarin
Silke Munstermann
Sachbearbeiterin Prävention
Polizeikommissariat Uelzen
An der Zuckerfabrik 6
29525 Uelzen
Tel. 0581/930-126

- Initiierung und Mitwirkung an verschiedenen Verkehrspräventionsprojekten für Seniorinnen und Senioren in Form von Vorträgen und Kursen in Projekten wie „sicher mobil 50+“, „Fit mit dem Auto“ und „Fit mit dem Pedelec“
- Mitwirkung in Präventionsgremien und bei Projekten außerhalb der polizeilichen Institutionen (kommunale Präventionsräte, Jugendhilfeausschüsse)
- Sicherheitstechnische Beratung in privaten Haushalten und Betrieben hinsichtlich mechanischer und elektronischer Sicherungsmöglichkeiten, Verhaltensmaßnahmen und Aspekte des Opferschutzes
- Schulung und Ausbildung von Sicherheitsberaterinnen und -beratern für Seniorinnen und Senioren sowie Organisation von Seniorenpräventionstagen und Vortragstätigkeiten in Seniorenverbänden
- Vortragstätigkeiten (z.B. Lehrerkonferenzen / Elternabenden) bzw. verhaltensorientierte Präventionsmaßnahmen (z.B. Präventionsunterrichte an Schulen)
- Herstellen und Halten von Kontakten zu Behörden, Schulen, Institutionen etc.



PRÄVENTIONSKAMPAGNE DER BESONDEREN ART FÜR MEHR ALS 20.000 SENIORINNEN UND SENIOREN

Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen

Ein „außergewöhnliches Projekt in einer außergewöhnlichen Zeit“ realisierte das Präventionsteam der Polizeiinspektion Lüneburg / Lüchow-Dannenberg / Uelzen mit Unterstützung vieler helfender Hände im Sommer 2020. Um speziell ältere Menschen zu informieren und zu schützen, starteten sie zusammen mit dem Kriminalpräventionsrat (KPR) von Hansestadt und Landkreis Lüneburg und in Kooperation mit dem Medienhaus Lüneburg die Lüneburger Kampagne „Im Alter sicher leben“.

„Da wir die älteren Menschen gerade in Zeiten von Corona bei unseren Vorträgen z.B. bei Vereinen, den Landfrauen oder in Seniorenheimen nicht direkt erreichen konnten und diese auch über unsere Kanäle bei den Sozialen Medien nur schwer erreichbar sind, haben wir uns mit dieser Aktion persönlich und direkt an alle gut 20.000 Seniorinnen und Senioren

„Prävention ist ureigene Aufgabe der Polizei, so dass die Ordnungshüter die enge Verbundenheit der Bewohnerinnen und Bewohner auch auf dem Land zu ihrer Polizei durch diese vertrauensbildende Maßnahme und möglicherweise direkte Kontakte im Rahmen der Aktion noch weiter stärken möchten“,

so der Leiter der Polizeiinspektion, LtD. Polizeidirektor Jens Eggersgluß.

in Hansestadt und Landkreis Lüneburg gewandt“, so Polizeihauptkommissarin Kathrin Richter vom Präventionsteam.

Gemeinsam Betrügern keine Chance geben

Sie melden sich am Telefon als Polizeibeamtinnen und -beamte und geben vor, eine Einbrecherin oder einen Einbrecher festgenommen zu haben, oder geben sich als Mitarbeitende des Gesundheitsamtes aus. „Während die eine Person im Gespräch ablenkt, durchsucht die andere Person die Wohnung nach Geld und Schmuck“. Betrügerinnen und Betrüger, zu deren Opfern vornehmlich Seniorinnen und Senioren gehören, sind ganzjährig aktiv und agieren mit verschiedensten und immer wieder abgewandelten Maschen.

Die Täterinnen und Täter sind rhetorisch sehr geschickt und versuchen mit dem sogenannten Enkeltrick oder als „falsche Polizeibeamte“ Seniorinnen und Senioren um ihr Bargeld oder Ersparnis zu bringen. Auch wenn darüber immer wieder berichtet wird, zeigt die Realität, dass immer noch Menschen Opfer dieser Straftaten werden.

Persönliche Post von der Polizei

Eine weitere Variante des Betrugs: Die Täterinnen und Täter geben sich in Corona-Zeiten als Mitarbeitende des Gesundheitsamtes aus, um Bürgerinnen und Bürger hereinzulegen. Das war letztendlich für Polizei und Kriminalpräventionsrat – der durch unterschiedliche Arbeitskreise die Bevölkerung aufklären will, um so Straftaten vorzubeugen – der Anlass für die Kampagne. Angesprochen werden sollten alle Seniorinnen und Senioren ab 70 Jahren in Hansestadt und Landkreis Lüneburg.



Mit dem Förderverein des KPR Lüneburg und dem Medienhaus Lüneburg konnten Kooperationspartner gewonnen werden, die den Großteil der Kosten für die Anfertigung der Türanhänger und des weiteren Materials übernahmen.

In einer kurzen Zeitspanne konnte das Präventionsteam mit temporärer Unterstützung vieler helfender Hände insgesamt 20.720 Informationspakete herstellen und für eine Verteilung vorsortieren.

Die Informationspakete wurden in den elf Städten, Gemeinden und Samtgemeinden des Landkreises Lüneburg an alle Haushalte mit Seniorinnen und Senioren (ab 70 Jahren) verteilt. Alle Alten- und Pflegeheime wurden gesondert bedient.

Das Informationspaket hatte folgenden Inhalt:

- personalisiertes Anschreiben
- Infoblatt Enkeltrick / falscher Polizeibeamter (der Polizeiinspektion)
- Broschüre „Im Alter sicher Leben“ (von ProPK)
- Präventions-Türanhänger (von Polizei, KPR und Medienhaus)

Im Juni 2020 übernahmen die Kontaktbeamtin und die vier Kontaktbeamten für die Hansestadt Lüneburg sowie die Bediensteten der zehn Polizeistationen mit Unterstützung mehrerer Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter die Verteilung der 20.720 Informationspakete.

Begleitet durch eine regionale und teilweise überregionale Berichterstattung kam es schon bei der Verteilung der Informationspakete zu einer Vielzahl von positiven Bürgergesprächen und -kontakten. Die Ankündigung der Aktion in den Medien führte teilweise dazu, dass einzelne Seniorinnen und Senioren bei den Dienststellen erschienen, um ihre Info-Paket persönlich abzuholen. Parallel baten auch jüngere Bürgerinnen und Bürger um Informationsmaterial.

Neben den vielen positiven Gesprächen bei der Verteilung gingen in den folgenden Wochen gut 100 weitere Rückmeldungen per Telefon, Mail oder per handgeschriebener Briefe ein.

Die Aktion hat auch überregional Wirkung erzeugt, so dass Dienststellen aus dem gesamten Land Niedersachsen und aus anderen Bundesländern ihr Interesse signalisiert haben, eigene Planungen voranzutreiben, und zum Teil bereits ähnliche Projekte umgesetzt haben.



FALSCHER POLIZEIBEAMTINNEN UND -BEAMTE – SO GEHEN BETRÜGER DERZEIT VOR

Sie rufen an!

Am Telefon meldet sich ein Polizeibeamter oder eine Polizeibeamtin und erklärt, dass Einbrecher festgenommen worden seien. Man habe bei der Durchsuchung einen Notizzettel mit Ihrem Namen und Ihrer Anschrift gefunden. Nun wolle die Polizei weitere Straftaten verhindern. Dazu sei Ihre Mitarbeit erforderlich. Die Täterin bzw. der Täter geht äußerst geschickt vor und versucht, Informationen über vorhandene Wertgegenstände, Schmuck, Bargeld und Wertanlagen zu erlangen. Es wird angeboten, natürlich zu Ihrem Schutz, vorbeizukommen und Geld, Schmuck und Wertgegenstände abzuholen und sicher bei Polizei aufzubewahren. Manche Täterin bzw. mancher Täter ist so dreist zu behaupten, dass die Polizei Hinweise auf Mittäterschaft von Bankmitarbeitende habe. Ziel ist auch noch an Bankguthaben der Opfer zu kommen.

Achtung! Durch Manipulation kann die Telefonnummer der Polizei auf der Telefonanzeige sichtbar sein, obwohl der Anruf nicht von der Polizei kommt! Dies gilt sowohl für die 110 als auch die 8306 mit entsprechender Durchwahlnummer.

Auch kann es sein, dass mit bekannten Namen agiert wird, wie z.B. dem Namen einer Kontaktbeamtin oder eines Kontaktbeamten.

Die Polizei fordert Sie niemals auf, Geld abzuheben oder Bargeld, Schmuck und Wertgegenstände auszuhändigen, um Ermittlungen zu unterstützen.

Rufen Sie auch nicht unter der angezeigten Telefonnummer zurück, sondern legen Sie auf und verständigen bei verdächtigen Vorfällen umgehend die 110!

Sie klingeln!

Bei diesem Trick geben die Täterinnen und Täter vor, in die Wohnung nebenan sei eingebrochen worden. Nun sei es erforderlich, auch in Ihrem Haus die Fenster und Türen auf Einbruchspuren zu kontrollieren. In der Regel kommen zwei Personen, die sich als Kriminalbeamtinnen und -beamte vorstellen und daher auch keine Uniform tragen. Sie weisen sich mit falschen Ausweisen oder falscher Kripo-Marke aus. Während die eine Person mit dem Opfer Fenster für Fenster „nach Spuren absucht“, durchsucht die andere Person in dieser Zeit die möglichen Verstecke nach Geld und Wertsachen.

Auch Amtspersonen, wie Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte müssen sich ausweisen. Uniformierte Beamtinnen



Muster des neuen elektronischen Dienstausweises

und Beamte tragen in der Regel einen Dienstausweis bei sich, sind aber nicht verpflichtet ihn mitzuführen. Die Polizei Niedersachsen hat im Frühjahr 2021 den elektronischen Dienstausweis im Scheckkartenformat (siehe Abbildung) eingeführt, der damit den alten grünen Ausweis im Papierformat abgelöst hat.

Auch Beamtinnen und Beamte in Zivil sind grundsätzlich angehalten, sich auszuweisen, da sie nicht sofort als Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte zu erkennen sind. Zusätzlich tragen Beamtinnen und Beamte der Kriminalpolizei eine Dienstmarke mit sich. Die gilt allerdings nur als zusätzliches Ausweisdokument und ersetzt nicht den Dienstausweis bei der Legitimation gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Bei der Überprüfung des Dienstausweises sollten sich die Bürgerinnen und Bürger nicht hetzen lassen. Die Polizei rät, die Angaben des Dokuments in Ruhe zu kontrollieren: „Vergleichen Sie Foto und Person!“ Beharrliches Nachfragen schreckt Betrügerinnen und Betrüger oft ab, auch zeigten Ganoven den Ausweis eher kurz vor, damit man ihn nicht so genau sehe. Jedoch weist die Polizei aber auch darauf hin, dass Polizistinnen und Polizisten den Dienstausweis nicht aus der Hand geben. Die polizeilichen Maßnahmen dürfen natürlich nicht beeinträchtigt werden. Bleiben Zweifel bestehen, sollte die Dienststelle angerufen werden, von der die Personen kommen, bevor man sie in die Wohnung lässt. Ist die Nummer der Wache auf die Schnelle nicht zu finden oder nicht zur Hand, können Bürgerinnen und Bürger auch die 110 anrufen.

Es gibt zahlreiche ähnliche Varianten. In letzter Zeit sind auch Fälle bekannt geworden, in denen sich Betrügerinnen und Betrüger als Mitarbeitende der Staatsanwaltschaft, von



Banken oder als andere Amtspersonen ausgegeben haben. Die Opfer werden mit viel Einfallsreichtum in Angst und Schrecken versetzt und diese Situation wird zum Betreten der Wohnung oder zur Übergabe von Geld und Wertgegenständen genutzt.

Wichtige Verhaltenstipps:

- Bei Anrufen angeblicher Verwandter („Enkelinnen oder Enkel“) in finanzieller Notlage unter der bekannten Telefon- oder Handynummer zurückrufen und versuchen, den Sachverhalt zu klären. Nicht die von der Anruferin / vom Anrufer angegebenen Telefon- oder Handynummer anrufen!
- Keine Details zu familiären oder finanziellen Verhältnissen preisgeben.
- Bei so nicht zu klärendem Sachverhalt sofort die Polizei informieren und weiteres Vorgehen absprechen.
- Fremden, die als „Vertrauensperson“ angeblicher Verwandter kommen, niemals Bargeld aushändigen.
- Immer Anzeige erstatten, denn nur so kann die Polizei den Täterinnen und Tätern auf die Spur kommen.

KONTAKTBEAMTINNEN UND -BEAMTE IN DER HANSESTADT LÜNEBURG SOWIE IN LÜCHOW-DANNENBERG UND UELZEN

Die Kontaktbeamtin und der Kontaktbeamte (KoB)

- sind für die Kontaktaufnahme und -pflege mit der Bevölkerung im Rahmen der bürgernahen Präsenz zuständig – „Polizist zum Anfassen“
- haben im Rahmen von „Radstreifen / Streifengängen“ eine allgemeine polizeiliche Auskunft- und Beratungsfunktion
- wirken bei der Verkehrserziehung und der allgemeinen Präventionsarbeit mit
- sind Ansprechpersonen für Schulen und Kindergärten oder sonstige Behörden, Organisationen und Vereine

Die Kontaktbeamten sind als Ansprechpartner vor Ort wie folgt erreichbar:

Uelzen

Polizeikommissariat Uelzen
 Polizeioberkommissar Frank Dreyer
 An der Zuckerfabrik 6
 29525 Uelzen
 Telefon: 0581/930-127 oder -128
 E-Mail: alle-kob@pi-lg.polizei.niedersachsen.de



Lüchow-Dannenberg

Polizeikommissariat Lüchow
 Polizeioberkommissar Wilhelm Schultz
 Saaßer Chaussee
 29439 Lüchow
 Telefon: 05841/122-394
 E-Mail: alle-kob@pi-lg.polizei.niedersachsen.de



Polizeistation Dannenberg

Polizeioberkommissar Christian Nelius
 Am Markt 6
 29541 Dannenberg
 Telefon: 05861/98576-0
 E-Mail: alle-kob@pi-lg.polizei.niedersachsen.de



Ansprechpersonen und Erreichbarkeiten der Kontaktbeamtin und der Kontaktbeamten in Lüneburg

E-Mail: alle-kob@pi-lg.polizei.niedersachsen.de



Thomas Fischer
 Innenstadt, Altstadt
 Telefon 04131/8306-2452



Nicoline Wiermann
 Kreideberg, Ochtmissen,
 Volgershall
 Telefon 04131/8306-2453



Matthias Nürnberger
 Oedeme, Südstadt,
 Häcklingen, Rettmer
 Telefon 04131/8306-2454



Andreas Kreimeik
 Zeltberg, Goseburg, Lüne/
 Moorfeld, Ebensberg
 Telefon 04131/8306-2451



Tülay Saykal
 Kaltenmoor, LG-Ost,
 Schützenplatz, Neuhagen
 Telefon 04131/8306-2463



FAHRRÄDER VOR DIEBSTAHL SCHÜTZEN



Fahrräder und Pedelecs sind in Städten und Landkreisen angesagte Fortbewegungsmittel. Sorgen Sie vor und schützen Sie Ihren Drahtesel vor Diebstahl.

Die Codierung erleichtert der Polizei das Aufklären von Fahrraddiebstählen. Ein weiterer wichtiger Aspekt des Codierens ist aber der Präventionsgedanke, denn ein codiertes Fahrrad schreckt, deutlich nach außen sichtbar, Diebinnen und Diebe ab.

Für das Codieren gelten folgende Hinweise:

- Es muss ein Ausweis mitgebracht werden. Es soll ein Kaufbeleg mitgebracht werden.
- Die Codierung ist kostenfrei.
- Neben Fahrrädern werden auch E-Bikes, Pedelecs und Elektroräder codiert.

Termine für Codier-Aktionen sind auch im Jahr 2022 geplant. Aktuelle Informationen und Termine stehen im Internet unter https://www.pd-lg.polizei-nds.de/dienststellen/polizei-inspektion_lueneburg_luechow_dannenberg_uelzen

Wegen der nicht vorhersehbaren Entwicklung der Corona-Pandemie können sich Terminänderungen oder sogar Absagen ergeben, ggf. auch sehr kurzfristig.

Bei der Durchführung von Codier-Aktionen gelten die am jeweiligen Tag aktuellen Corona-Regeln.



„Du Hu**ntochter! Ich reiße dir die

Kehle auf. Jeder weiß, dass du

nichts willst außer gefi**t zu werden“

1500 €*

*** Geldstrafe wegen
Beleidigung (§185 StGB)**

#HassistkeineMeinung



**POLIZEI
NIEDERSACHSEN**

FÜHRUNGS- UND EINSATZMITTEL IN DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Innovativ und nachhaltig für Ihre und unsere Sicherheit

Bodycam

Seit Anfang Februar 2020 sind Körperkameras, die sogenannten Bodycams, flächendeckend in den 24-Stunden-Dienststellen der Polizeiinspektionen dauerhaft im Einsatz.

Die Beamtinnen und Beamte der Einsatz- und Streifendienste können auf insgesamt 244 Bodycams zurückgreifen.

Die Bodycams werden von den Einsatzkräften an der Uniform getragen und sollen potentielle Gewalttäterinnen und -täter von Angriffen auf Beamtinnen und Beamte abschrecken. Bei entsprechenden Übergriffen können die Kamera- und Audioaufzeichnungen auch als Beweismittel dienen. Der offene und vorher angekündigte Einsatz der Körperkameras erfolgt auch im alltäglichen Einsatzdienst, wie in Anhalte- und Kontrollsituationen.

Die Videotechnik wird ausschließlich von Einsatzkräften genutzt, die ein gut sichtbares Hinweisschild mit der Aufschrift „Video / Audio“ an ihrer Uniform tragen. Dabei setzen die Beamtinnen und Beamten auf ein hohes Maß an Transparenz bei der Verwendung der Bodycams, insbesondere in konkreten Einsatzsituationen. Zusätzlich soll der Einsatz der Bodycams unter den gleichen Gesichtspunkten den Schutz Dritter verbessern.

Außentragehülle

Das Erscheinungsbild der Polizei hat sich in den vergangenen Jahren bereits stark verändert. Die Einsatzkräfte werden sukzessive mit Außentragehüllen



ausgestattet, die neben einer Entlastung von beanspruchten Körperpartien, gerade in Kombination mit den ebenfalls „neuen“ Kleidungsstücken, eine größere Flexibilität vor allem bei warmen Temperaturen ermöglichen. Die Außentragehülle ist kompatibel mit ballistischen Schutzpaketen und enthält fünf Taschen.

Ziel ist es, bis voraussichtlich 2023 alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte im operativen Dienst mit einer Außentragehülle auszurüsten.

Kraftfahrzeuge

Im Zusammenhang mit der ökologischen Neuausrichtung des Fuhrparks hat die Polizeidirektion Lüneburg in den vergangenen Jahren den Bestand an vollelektrischen und teilelektrischen (Hybrid) Fahrzeugen sukzessive erhöht. Dies betrifft sowohl die Beschaffung von Pkw als auch von Funkstreifenwagen. Der Anteil der E-Mobilität soll auch in den kommenden Jahren ausgebaut werden.

Parallel zur Fuhrparkerneuerung erfolgt auch der kontinuierliche Ausbau der Ladeinfrastruktur. Im Jahr 2021 wurden auf Initiative einzelner Inspektionen weitere Ladepunkte infrastrukturell erschlossen. Weitere umfangreichere Erschließungsmaßnahmen sind für zahlreiche Standorte vorgesehen. Sie können aus dem Konjunkturpaket finanziert und voraussichtlich noch im Jahr 2022 begonnen werden. Zudem ist es im Jahr 2022 ebenfalls vorgesehen, 24 weitere mobile Wallboxen in die Fläche zu geben.



VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2021 FÜR DIE POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG

Der rückläufige Trend setzt sich nicht fort.

Die Auswertung der Verkehrsunfallzahlen für das Jahr 2021 hat gezeigt, dass sich der rückläufige Trend aus dem Jahr 2020 nicht fortgesetzt hat. Trotz der fortdauernden pandemischen Lage sind wesentliche Kennzahlen wieder gestiegen.

Die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Lüneburg ist nach dem zehnjährigen Tiefstand im Jahr 2020 wieder um ca. 5,6% angestiegen.

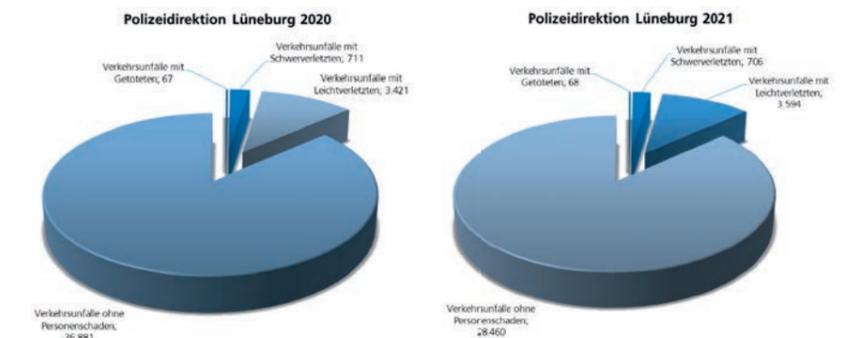
Statistisch wurden 2021 insgesamt 32.828 Unfälle erfasst, im Jahr 2020 waren es 31.078.

Für das Jahr 2021 haben sich im Vergleich zum Jahr 2020 die folgenden, wesentlichen Veränderungen ergeben:

- Verkehrstote: + 4,3%
- Verkehrstote über 65 Jahre: - 4%
- Verkehrsunfälle mit schwer verletzten Personen: - 0,5%
- Baumunfälle: + 12,8%
- Verkehrsunfälle unter Einfluss von Alkohol, Drogen oder Medikamenten: + 7,1%
- Fahrten unter Alkoholeinfluss (ohne Verkehrsunfälle): - 3,6%
- Fahrten unter Drogen- oder Medikamenteneinfluss (ohne Verkehrsunfälle): + 35,6%
- Verkehrsunfallfluchten: + 0,5%
- Unfälle mit Fahrradfahrenden: - 0,8%

Langfristig betrachtet steigt die Zahl der Verkehrsunfälle und damit einhergehend auch die Zahl der von Unfallfolgen betroffenen Verkehrsteilnehmenden. Insbesondere die Altersgruppen der Seniorinnen und Senioren sowie der Fahranfängerinnen und Fahranfänger werden weiterhin in der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit besonders berücksichtigt. Die Fachstrategie Verkehr nimmt sich auf Grundlage des Verkehrsunfalllagebilds den aktuellen sowie künftigen Umweltrends im Bereich der Mobilität an und geht hierbei flexibel auf veränderte Unfallursachen und Zielgruppen ein. So wird in 2022 der Fokus auf der Überprüfung der Verkehrstüchtigkeit der Verkehrsteilnehmenden liegen.

VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2020/2021



In absoluten Zahlen ergeben sich aus der Verkehrsunfallstatistik für das Jahr 2021:

- 72 Verkehrstote bei 68 Verkehrsunfällen, davon 24 Verkehrstote über 65 Jahre
- 706 Verkehrsunfälle mit schwer verletzten Personen
- 729 Baumunfälle
- 569 Verkehrsunfälle unter Einfluss von Alkohol, Drogen oder Medikamenten
- 1.510 Fahrten unter Alkoholeinfluss (ohne Verkehrsunfälle)
- 1.797 Fahrten unter Drogen- oder Medikamenteneinfluss (ohne Verkehrsunfälle)
- 6.985 Verkehrsunfallfluchten (Aufklärungsquote: 43,8%)
- 1.561 Verkehrsunfälle mit Fahrradfahrenden
- 8 tote Fahrradfahrende (davon 2 x Pedelec, 5 x Personen über 65 Jahre und 8 x ohne Fahrradhelm)

POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG 2012 BIS 2021



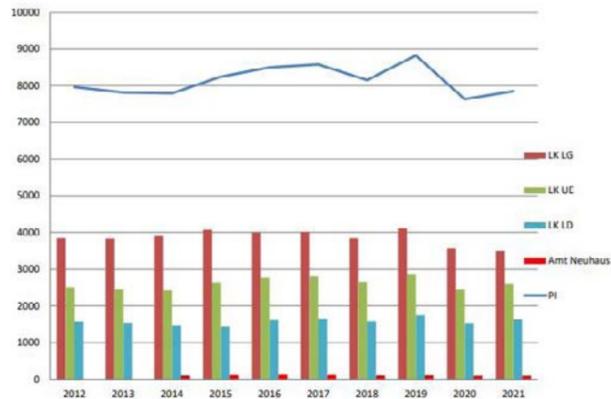
Trendlinien der Unfalltoten unter/ab 65 Jahre



VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2021 FÜR DIE POLIZEIINSPEKTION LÜNEBURG/ LÜCHOW-DANNENBERG/UELZEN

Nach dem deutlichen Rückgang der Gesamtunfallzahlen im Jahr 2020 ist eine leichte Steigerung im zweiten „Pandemiejahr“ 2021 festzustellen. Dabei stieg die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle im gesamten Inspektionsbereich (Landkreise Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Uelzen) im Jahr 2021 auf insgesamt 7.849 um 2,83 Prozent. Insgesamt starben 16 Menschen 2021 auf den Straßen der Region und somit deutlich weniger als im Vorjahr (20).

**GESAMTENTWICKLUNG 10 JAHRE
UNFALLZAHLEN – POLIZEIINSPEKTION –**



Im Bereich der Schwerverletzten gab es lediglich eine minimale Veränderung. Hier stieg die Anzahl auf 244 (2020: 243) und stagniert dabei weiterhin auf hohem Niveau. Als schwerverletzt gilt jeder Person, bei der durch die Unfalleinwirkung ein Krankenhausaufenthalt von mehr als 24 Stunden erforderlich war.

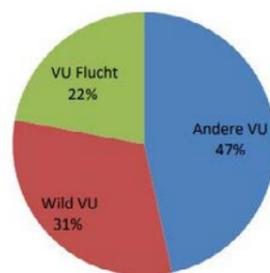
Bei den Verkehrsunfällen mit Leichtverletzten stiegen die Gesamtunfallzahlen gravierend um 12,91 Prozent auf 988 (2020: 875). Insgesamt wurden dabei 1.258 Personen leicht verletzt. Auch wenn ein Vergleich mit den Vorjahren schwerfällt, betrachtet die Polizeiinspektion die steigenden Zahlen dennoch kritisch.

Die Zahl der Baumunfälle ist im Gegensatz zu den Vorjahren im Jahr 2021 wieder angestiegen. Hier stieg die Zahl um 4,88 Prozent von 164 auf 172 Unfälle im Jahr 2021. Von den 16 bei Verkehrsunfällen tödlich verletzten Personen starben 7 bei einem Zusammenprall mit einem Baum. Ähnlich wie im Vorjahr – von 20 tödlich verletzten Personen starben 10 infolge eines Baumunfalls – ist dieser Wert aus Sicht der Polizeiinspektion als besorgniserregend einzustufen.

Parallel mit dem Anstieg der Gesamtunfallzahlen ging auch die Anzahl der Wildunfälle um 1,53 Prozent auf 2.458 (2020: 2.421) leicht nach oben. Dabei machen die Unfälle mit der Beteiligung von Wild fast ein Drittel der Unfälle in der Region aus.

Auf hohem Niveau hält sich die Zahl der Verkehrsunfälle mit anschließender Fahrerflucht ohne Personenschaden. Die Zahl der Verkehrsunfallfluchten ist um 2,3 Prozent auf 1.733 (2020: 1.694) gestiegen. In 43,34 Prozent der Fälle konnte die beteiligte Person ermittelt und die Straftat somit aufgeklärt werden.

**ANTEIL WILD-VU UND VU-FLUCHT
– POLIZEIINSPEKTION –**



Eine erneute deutliche Steigerung verzeichnete die Polizei bei den folgenlosen Fahrten unter Einfluss von Betäubungsmitteln und Medikamenten. Hier stieg die Anzahl um 44,44 Prozent auf 533 (2020: 369). Auch folgenlose Fahrten unter Alkoholeinfluss stiegen erneut um 14,25 Prozent auf 417 Fälle (2020: 365). Damit lag die Zahl der Verstöße unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln bzw. Medikamenten auch in 2021 über der Zahl der Verstöße mit Alkohol. Ein Faktor hierbei sind auch die vermehrten Kontrollen durch die Polizei.

Aufgrund der sich ändernden Verkehrsmobilität sind auch die Fallzahlen bei den Pedelec-Fahrenden gestiegen. Die Anzahl der Verkehrsunfälle erhöhte sich um 19,19 Prozent (auf 118). Hiervon wurde eine Person tödlich, 25 schwer (2020: 12) und 88 leicht (2020: 80) verletzt.

Zu den Hauptunfallursachen im Jahr 2021 gehörten neben Vorfahrtsverstößen, Abstand und Abbiegen insbesondere auch außerhalb geschlossener Ortschaften nicht angepasste bzw. „überhöhte Geschwindigkeit“. Die Anzahl der Unfälle in Verbindung mit der Geschwindigkeit erhöhte sich um 24,33 Prozent auf 327 (2020: 263).

KLAR HALTE ICH gleich nicht mehr DIE SPUR.



#FAHRKLAR Sei ehrlich zu dir selbst.



Wer sicher ans Ziel kommen möchte, sollte ausschließen, dass Müdigkeit, Medikamente, Alkohol oder andere Drogen mitfahren. Denn sie gefährden nicht nur einen selbst, sondern auch alle anderen Verkehrsteilnehmenden.

REGIONALE KONTROLLGRUPPE DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG



Für mehr Sicherheit auf unseren Straßen

Die Regionale Kontrollgruppe der PD Lüneburg (RKG) setzte sich im Jahr 2021 aus insgesamt 76 Mitarbeitenden der gesamten Polizeidirektion zusammen. Der RKG angegliedert sind der Kraftradkontrolltrupp (MT, 15 Mitarbeitende) sowie der Drogenkontrolltrupp (DiS, 88 Mitarbeitende).

Als Aufrufeinheit führt die RKG mehrmals im Jahr grundsätzlich auf den BAB' en Schwerpunktkontrollen durch. Die Kontrollen des Kraftradkontrolltrupps, des Drogenkontrolltrupps sowie des Kontrolltrupps für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge (Teileinheit der RKG) finden vorrangig im untergeordneten Straßennetz statt.

Im Rahmen dieser speziellen Verkehrsüberwachung führen die RKG und die angegliederten Trupps Kontrollen des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs, motorisierter Zweiräder sowie der Fahrtüchtigkeit von Fahrzeugführenden durch.

Kontrolliert werden unter anderem:

- Vorschriften des Fahrpersonalrechts (Sozialvorschriften, Lenk- und Ruhezeiten)
- Technischer Zustand von Kfz
- Transporte von Lebewesen
- Großraum- und Schwertransporte (GST)
- Gefahrguttransporte
- Abfalltransporte
- Gewerblicher Personenverkehr
- Ladungssicherung
- Land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge (LoF)
- Fahrzeugführende bezüglich Beeinflussung durch berauschende Substanzen
- Krafträder

Im Jahr 2021 konnten von den geplanten 27 Kontrollterminen der RKG (inkl. MT und DiS) aufgrund der Corona-Pandemie lediglich 12 Kontrollen durchgeführt werden.

Eine weitere Kontrolle fand in Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg, im dortigen Zuständigkeitsbereich, statt.



Der **Kontrolltrupp für land- oder forstwirtschaftliche Fahrzeuge (LoF)** der Polizeidirektion Lüneburg besteht seit dem Jahr 2013 und hat fachspezifisch fortgebildete Mitglieder. Der LoF-Kontrolltrupp ist die einzige Einheit der Regionalen Kontrollgruppe, die ausschließlich abseits der Autobahnen tätig ist. Bei den Kontrollen werden Fahrzeuge, die nach ihrer Bauart zur Verwendung für land- oder forstwirtschaftliche Zwecke bestimmt sind, sowie deren Fahrerinnen und Fahrer sowie die Ladung kontrolliert.

Die bisherigen Ergebnisse zeigen, dass diese Kontrollen im Sinne der Verkehrssicherheit erforderlich sind: Etwa 76 Prozent der 2021 kontrollierten Fahrzeuge wurden beanstandet, bei mehr als jedem dritten Fahrzeug musste die Weiterfahrt untersagt werden.



Bei den Kontrollen von Lebewesentransporten werden Fahrzeuge und Besatzungen speziell auf die Einhaltung der Vorschriften der EG-VO 1/2005 und der Tierschutztransportverordnung sowie der tierseuchenrechtlichen Vorschriften hin überprüft. Dies erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Veterinärämtern der Landkreise und auf EU-Ebene über das Niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES).

Dazu werden in der Regel pro Jahr zwei Kontrollen sowie ein Seminar „Transporte von Lebewesen“ durchgeführt. Die Kontrollen betreffen sowohl Transporte von Schlachtvieh als auch von Zuchttieren.

Bei den Kontrollen wird die Einhaltung der verkehrsrechtlichen Vorschriften sowie der fahrpersonalrechtlicher Vorschriften (Lenk- und Ruhezeiten) überprüft.

Die Beanstandungsquote lag 2021 bei rund 50 %. Hauptbeanstandungen liegen im Bereich des zulässigen Gesamtgewichtes, der zulässigen Fahrzeugabmessungen, der fehlenden Mindestbodenfläche sowie der fehlenden Rückenfreiheit. In mehreren Fällen konnten auch verletzte bzw. nicht transportfähige Tiere festgestellt werden.

Der **Kontrolltrupp für Gefahrgut** ist ein spezialisierter Trupp, der Gefahrguttransporte im nationalen und internationalen Verkehr kontrolliert. Für diese Tätigkeit ist eine mehrwöchige Grundqualifikation mit abschließender Prüfung für die Kontrollkräfte erforderlich.

Im Jahr 2021 konnten Corona bedingt nur wenige Kontrollen durchgeführt werden. Hierbei ergaben sich hohe Beanstandungsquoten.

Die Mitarbeitenden des **Drogenkontrolltrupps** sind zuständig für die Drogenbekämpfung im Straßenverkehr im gesamten Gebiet der PD Lüneburg.



Der Schwerpunkt liegt im Bereich der Erkennung vorliegender Alkohol- und / oder Betäubungsmittelintoxikationen sowie im Erkennen von Medikamentenbeeinflussung und der Prüfung der Fahrtauglichkeitsprüfung im Zusammenhang mit körperlichen Mängeln.

Die Kolleginnen und Kollegen sind bundesweit vernetzt und werden auch zu Kontrollen anderer Bundesländer entsandt.

Der **Kraftradkontrolltrupp (MT)** wird in den letzten Jahren vorrangig im Hinblick auf das Erkennen von technischen Mängeln an Krafträdern eingesetzt, vor allem an Krafträdern der Marke Harley Davidson. Diese werden zum einen vorrangig von OMCG genutzt und zum anderen am häufigsten durch illegale Umbauten, insbesondere im Bereich der Abgasanlagen, modifiziert/getunt. Der MT kann Schalldruckmessungen als Beweismittel durchführen. Hierbei festgestellte Manipulationen können zum Erlöschen der Betriebserlaubnis führen.

Der MT nimmt im Rahmen seiner Tätigkeit auch an überregionalen Kontrollen teil, so z. B. in Hamburg bei den Harley Days oder in Brandenburg beim Motorcycle Jumboree.

Der MT ist bundesweit vernetzt und nimmt bundesweit an Fortbildungen teil, u. a. mehrfach in Baden-Württemberg oder in 2021 beim bundesweiten Workshop „Überprüfung von motorisierten Zweirädern“ in Brandenburg.



DER FERNFAHRERSTAMMTISCH DER POLIZEIDIREKTION LÜNEBURG



„Für Ihre Sicherheit – mit uns im Gespräch“

Unter diesem Motto stehen die so genannten Fernfahrerstammtische, die in mittlerweile vielen Bundesländern an über 20 Standorten durchgeführt werden. Im November 2002 wurde der erste Fernfahrerstammtisch, damals noch auf der Rastanlage Hollenstedt an der Autobahn A 1 in Richtung Bremen, durchgeführt. Zuvor waren bereits in Nordrhein-Westfalen und Bayern Fernfahrerstammtische durch die örtliche Autobahnpolizei ins Leben gerufen worden. Durch die Fernfahrerstammtische sollte das Verhältnis zwischen Polizei, anderen Kontrollbehörden und den Lkw-Fahrerinnen und Fahrern bzw. den Unternehmerinnen und Unternehmern verbessert werden.

Die Gründe für die Einrichtung des Fernfahrerstammtisches waren und sind bis heute:

- Das Gespräch mit den Lkw-Fahrerinnen und Fahrern, die eine ganz wichtige und wesentliche Gruppe unter den Verkehrsteilnehmenden darstellen, suchen.
- Vorbehalte und Ängste gegenüber der Polizei abbauen.
- Unternehmerinnen und Unternehmer und Verbände mit ins Boot holen, um sicherheitsrelevante Themen zu besprechen und zu kommunizieren.
- Den Fahrerinnen und Fahrern die Möglichkeit bieten, konstruktive Kritik an der Polizei und anderen Kontrollbehörden zu üben.



An dem Fernfahrerstammtisch der Polizeidirektion Lüneburg nehmen unter anderem teil:

- Gesamtverband Verkehrsgewerbe Niedersachsen
- DEKRA
- Bundesamt für Güterverkehr
- Fahrschulen aus der Region
- Verkehrswacht Harburg Land e.V.
- verschiedene Fahrzeughersteller
- Führerscheinstellen der Landkreise u.v.m.



Für die Polizeiinspektion Harburg ist Polizeioberrichterin Andrea Möller (Autobahnpolizeikommissariat Winsen (Luhe)) als Moderatorin für die Stammtische mitverantwortlich.

Das Team der Moderatorinnen und Moderatoren ist unter fernfahrerstammtisch@pd-lg.polizei.niedersachsen.de erreichbar.

Weitere Informationen zu den Fernfahrerstammtischen in Deutschland gibt es auch unter der Internetseite www.fernfahrerstammtisch.de



Die einzelnen Fernfahrerstammtische behandeln immer ein Thema, zu welchem bei Bedarf Referenten eingeladen werden. Dies können „Dauerbrenner“ sein, wie etwa Ladungssicherung auf Straßenfahrzeugen oder technische Mängel an Schwerverkehrsfahrzeugen. Aber auch aktuelle Themen, wie Änderungen im Führerscheinrecht, werden angesprochen. Im Anschluss an das jeweilige Thema stehen die Moderatorinnen und Moderatoren der Polizei für Fragen und Kritik zur Verfügung.

Der Fernfahrerstammtisch der Polizeidirektion Lüneburg findet jeden 1. Mittwoch im Monat an der A 1, auf der Raststätte Ostetal Süd, statt. Ab 18:30 Uhr haben dann die Fahrerinnen und Fahrer die Möglichkeit mit den Stammtischmoderatorinnen und -moderatoren ins Gespräch zu kommen. Zu den Stammtischen finden sich, je nach Thema, bis

zu 40 Gäste ein. Der Stammtisch der PD Lüneburg genießt über die Region hinaus hohes Ansehen bei Fahrerinnen und Fahrern, Unternehmerinnen und Unternehmern sowie Disponentinnen und Disponenten.

Einmal im Jahr veranstalten die Moderatorinnen und Moderatoren des Stammtisches einen sogenannten Verkehrssicherheitstag auf der Raststätte. Dort haben die Gäste die Möglichkeit, sich an verschiedenen Infoständen über interessante Themen aus der Logistikbranche zu informieren.

Ebenfalls zum festen Programm des Stammtisches gehört die alljährliche Weihnachtsaktion. Dabei werden die Lkw-Fahrerinnen und Fahrer, die es zu den Feiertagen nicht nach Hause geschafft haben, mit einem kleinen Weihnachtspräsent überrascht.



KOOPERATIVE LEITSTELLE LÜNEBURG

Sie wählen den Notruf 110 ... und landen hier!

Die Einsatzleitstelle der Polizeidirektion Lüneburg ist als Teil der Kooperativen Leitstelle Lüneburg (KLL) zusammen mit der Feuerwehreinsatz- und Rettungsleitstelle (FEL) des Landkreises Lüneburg seit dem 24.08.2015 in Betrieb.

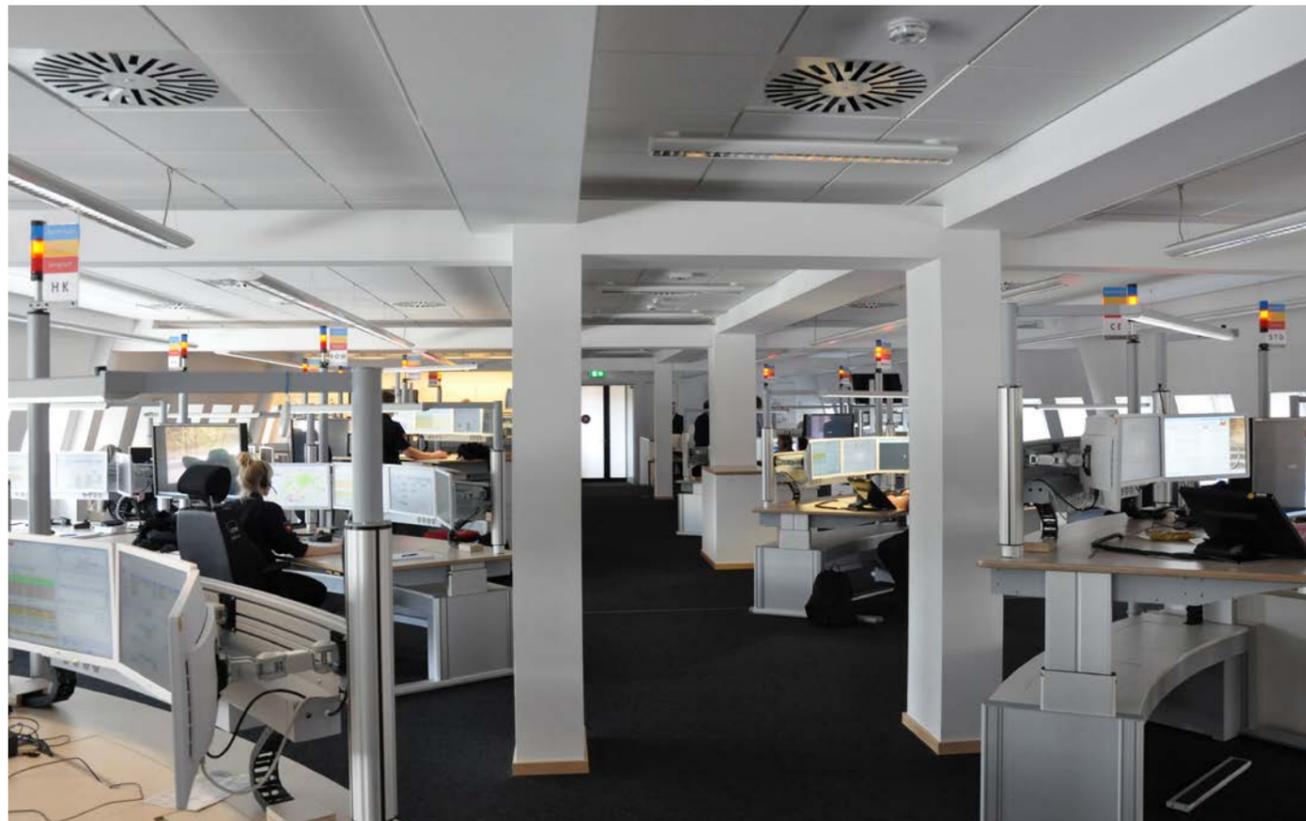
Zum Zuständigkeitsbereich der Einsatzleitstelle der Polizeidirektion gehören die folgenden sechs Polizeiinspektionen, die das Gebiet von insgesamt acht Landkreisen abdecken:

- PI Celle
- PI Harburg
- PI Heidekreis
- PI Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen
- PI Rotenburg
- PI Stade

In der Einsatzleitstelle der Polizeidirektion sind ca. 100 Mitarbeitende tätig. Sie stellen an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr den Betrieb sicher. Auf diese Weise gewährleisten sie das Notruf- und Einsatzmanagement für ca. 1,28 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner.



Im Jahr 2021 sind über den Notruf 110 insgesamt 198.142 Anrufe eingegangen und damit geringfügig mehr als im Jahr davor (2020: 198.115).



Sie rufen an – das passiert bei uns!

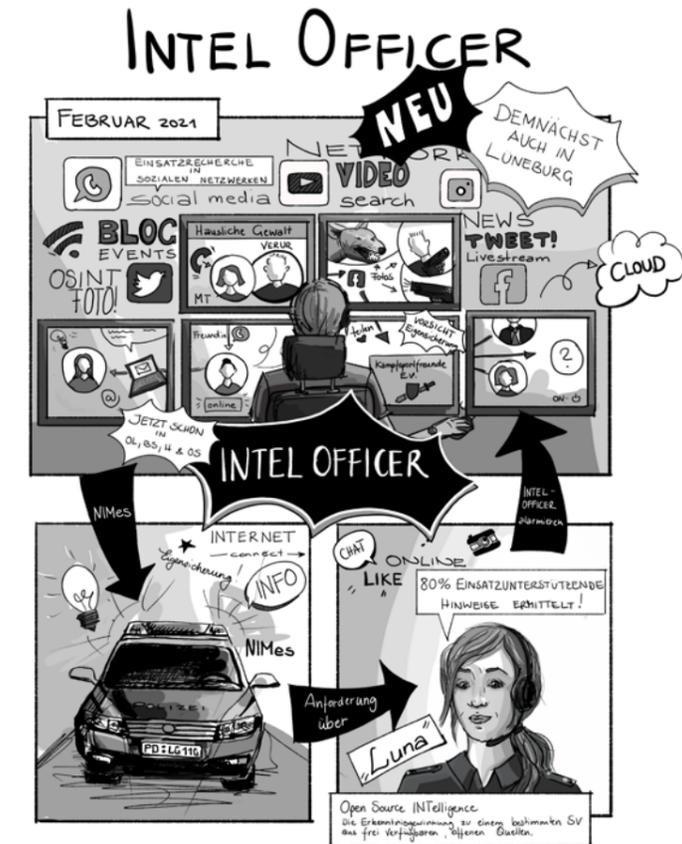
Nach der Notruferfassung stellen die Mitarbeitenden der Einsatzleitstelle schnellstmöglich sicher, dass der Anruferin oder dem Anrufer die notwendige Hilfe erhält.

Wählt jemand aus einem der Landkreise im Zuständigkeitsbereich die 110, nimmt eine Polizeibeamtin oder ein Polizeibeamter den Notruf entgegen. Anschließend werden alle notwendigen Informationen erfragt, um die Lage vor Ort und den (polizeilichen) Handlungsbedarf einzuschätzen. Jeder Notruf wird dokumentiert und aufgezeichnet.

Wird nach Bewertung des Sachverhalts ein polizeilicher Handlungsbedarf erkannt, werden die erfassten Informationen an die Einsatzdisposition übergeben. Einsatzdisponentinnen und – disponenten sind ebenfalls Polizeibeamte, die die Koordinierung der weiteren Abläufe übernehmen.

Per Funk werden Polizeidienststellen und / oder Funkstreifenwagen verständigt und über den Einsatz informiert. Je nach Einsatzanlass kann eine fortlaufende Informationsweitergabe oder eine weiterführende Einsatzkoordination der eingesetzten Fahrzeuge erforderlich werden. Bei Bedarf fordert die Leitstelle weitere polizeiliche Kräfte an, wie z.B. Diensthund, Polizeihubschrauber oder Spezialeinheiten. Sollte sich während des Einsatzablaufs die Notwendigkeit zur Verständigung von Feuerwehr oder Rettungsdienst ergeben, wird die örtliche zuständige kommunale Leitstelle angesprochen.

Unterstützend werden der sogenannte Intel Officer und der Einsatzbegleitende Service tätig. Die Mitarbeitenden dieser beiden Bereiche suchen in polizeilichen Auskunftssystemen, im Internet und den sozialen Medien nach relevanten



Einsatzinformationen und dokumentieren die Ergebnisse im Einsatzleitsystem.

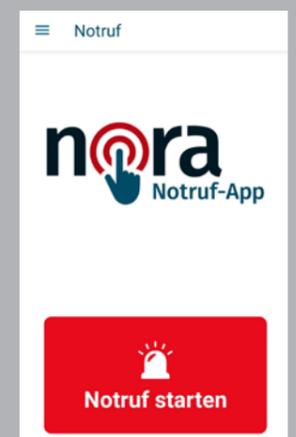
Hauptverantwortlich für alle internen Abläufe der Einsatzleitstelle ist die die Einsatzführerin / der Einsatzführer und für die externen Abläufe die Leitende Beamtin / der Leitende Beamte vom Dienst.

Notruf-App NORA

Notrufeinrichtungen von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst sind mittlerweile nicht nur telefonisch, sondern auch per App erreichbar.

Die Notruf-App NORA lässt sich kostenlos über den jeweiligen App-Store auf das Smartphone laden. In der App müssen Name und Telefonnummer des Nutzers hinterlegt werden. Im Notfall kann über die App der Notfall-Ort angegeben, die Art des Notfalls aus einem Menü ausgewählt und der Notruf abgesandt werden. Anschließend wird über ein Chat-Fenster die Verbindung mit der zuständigen Leitstelle hergestellt. Die hilfeschende Person kann sich dann mit Mitarbeitenden der Leitstelle verständigen.

Weitere Informationen zur Notruf-App Nora finden Sie unter: <https://www.nora-notruf.de/de-as/startseite>





Interventionsgruppe (IVG)

Um auf besondere Lagen auf örtlicher Ebene schnell und effizient reagieren zu können und das Einschreitrisiko für die eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beante zu minimieren, beinhaltet die Verfügungseinheit auch die sog. Interventionsgruppe. Teile der insgesamt 15 Personen starken IVG können zur Unterstützung jederzeit alarmiert werden (24 / 7). Die Kräfte der IVG trainieren regelmäßig besondere Einsatztaktiken und den Umgang mit zusätzlichen Einsatzmitteln.

Die spezialisierte Einheit auf Polizeiinspektionsebene wird u. a. bei Kriminalitätsbekämpfung (Zugangssicherung / Türöffnungen bei Wohnungen, Festnahmen), bei sog. geschlossenen Einsätzen (Blockaden), bei Bedrohungslagen (Sofortlagen mit hohem Einschreitrisiko) und bei „Lebensbedrohlichen Einsatzlagen“ bis zum Eintreffen von MEK oder SEK tätig. Dabei wird die IVG nicht anstelle von Spezialeinheiten eingesetzt.



DIE VERFÜGUNGSEINHEIT

Die Verfügungseinheit (VE) als Organisationseinheit des Einsatzbereiches ist im gesamten Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Lüneburg / Lüchow-Dannenberg / Uelzen tätig und unterstützt bzw. entlastet u.a. die Einsatz- und Streifendienste (ESD), die Polizeistationen sowie die ermittelnden Bereiche (ZKD / KED). Zur Erhöhung der Präsenz und Interventionsfähigkeit der Polizei Niedersachsen wurde die Verfügungseinheit personell aufgestockt und landesweit standardisiert.

Verkehrsüberwachung

Neben den Aufgaben der allgemeinen und spezialisierten Verkehrsüberwachung und den operativen Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung sind Einsatzkräfte der Verfügungseinheit regelmäßig bei der Bewältigung von Einsatzlagen (u.a. Demonstrationen) und „Besonderen Einsatzlagen“ auch außerhalb der Polizeiinspektion im Einsatz.

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit ist die Verfügungseinheit insbesondere in der Verkehrsüberwachung tätig und führt dabei Alkohol-, Drogen- und Geschwindigkeitskontrollen, u.a. mit besonderen technischen Mitteln (wie Radarwagen und Lasermessung), durch. Darüber hinaus sind die Beamtinnen und Beamten im Rahmen der spezialisierten Verkehrsüberwachung bei der Überwachung des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs mit den Schwerpunkten Fahrzeugtechnik, Sozialvorschriften, Fahrpersonalgesetz, Güterkraftverkehrsgesetz, der Überwachung des Gefahrgutverkehrs sowie land- und forstwirtschaftlicher Fahrzeuge im Einsatz. Dabei unterstützen sie auch die Regionale Kontrollgruppe der Polizeidirektion Lüneburg.

Spezialisierte Beamtinnen und Beamte kümmern sich darüber hinaus bei sog. Tuningkontrollen um das Feld der

technischen Veränderungen an Zweirädern und Personenkraftwagen sowie um die Kontrolle des entsprechenden Verkehrsverhaltens (z. B. illegale Straßenrennen, Posing).

Auch Sonderaktionen der Drogenkontrollgruppe der Polizeiinspektion in allen drei Landkreisen gehören zum Themenspektrum der Verfügungseinheit.

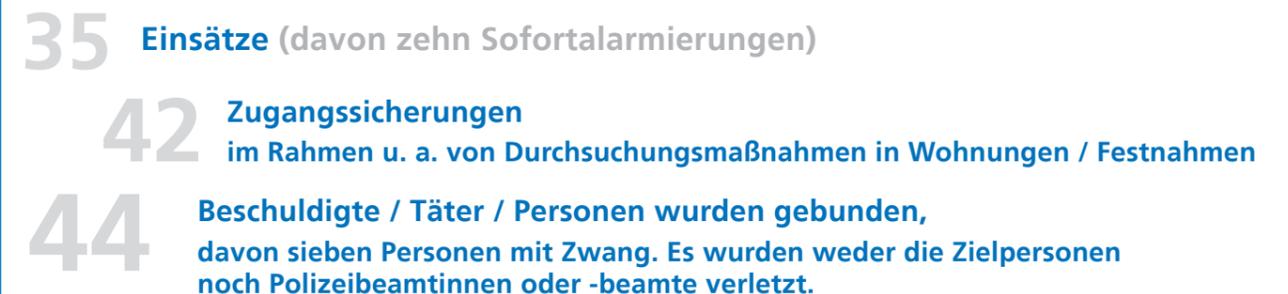
Kriminalitätsbekämpfung & Präsenz

Parallel kommen die Einsatzkräfte der Verfügungseinheit auch in der Allgemeinen und Besonderen Kriminalitätsbekämpfung zum Einsatz und unterstützen dort in konkreten Ermittlungskomplexen bei Fahndungen, Observationen und Durchsuchungen aber auch bei Schwerpunkteinsätzen und konzeptioneller Bekämpfung der Kriminalität an Brennpunkten.

Einsatzlagen

Immer größeren Raum nimmt in der alltäglichen Arbeit die Bewältigung von Einsatzlagen (z. B. Demonstrationen, Verkehrseinsätze im Rahmen von allgemeinen Veranstaltungen, Sportveranstaltungen) sowie die Unterstützung bei sog. BAO-Lagen ein, zu denen Teile der Verfügungseinheit regelmäßig als Verstärkung hinzugezogen werden.

EINSÄTZE DER IVG IM JAHR 2021



GEWALT GEGEN POLIZEIVOLLZUGS-BEAMTINNEN UND -BEAMTE (PVB)

Jeden zweiten Tag wird eine Polizistin oder ein Polizist im Dienst verletzt.

Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten umfasst alle Formen von verbaler Gewalt bis hin zu Körperverletzung und Tötung. Statistisch erfasst wird jedoch nur die enger gefasste Gewaltkriminalität.

Die Polizeidirektion Lüneburg hat sich mit dieser Thematik befasst, um die Rahmenbedingungen und die Betreuung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen durch geeignete Maßnahmen weiter zu verbessern. Neben der Einführung zusätzlicher Einsatzmittel, wie der Bodycam, wurden sowohl die Betreuungsmechanismen optimiert, als auch ein jährliches Lagebild erstellt.

Ein Lagebild zur Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte bietet eine geeignete Grundlage für strategische Maßnahmen zum Schutz aller Mitarbeitenden der Polizei in den Bereichen Aus- und Fortbildung, Führungs- und Einsatzmittel sowie Fürsorge.

Ein Lagebild ermöglicht zudem, alle Facetten des Phänomens Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte sowie die jeweiligen Ausgänge der Strafverfahren widerzuspiegeln.

Gewaltdelikte

Zusätzlich zum Widerstand gegen PVB werden in dem jährlich wiederkehrenden Lagebild folgende Delikte abgebildet:

- Nötigung
- Bedrohung
- Freiheitsberaubung
- Raubdelikte
- Einfache, gefährliche und schwere Körperverletzung
- Körperverletzung mit Todesfolge
- Totschlag
- Mord

Nachfolgend werden einige Bereiche des Lagebildes dargestellt.



Gedenkminute auf dem Lüneburger Marktplatz anlässlich der im Dienst getöteten Polizeivollzugsbeamtin/-beamten in Kusel.

Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamte

Im Zuständigkeitsbereich der PD Lüneburg ist es im Jahr 2021 zu 259 Widerständen gegen PVB gekommen. Dies bedeutet eine Senkung um 27 Fälle (- 9,4%) im Vergleich zum Vorjahr.

Zu den Widerstandshandlungen kam es vorrangig bei Fest- und Ingewahrsamnahmen (58 Fälle) sowie bei Identitätsfeststellungen/Sachverhaltsklärungen (47 Fälle).

Körperverletzungsdelikte / Tötungsdelikte

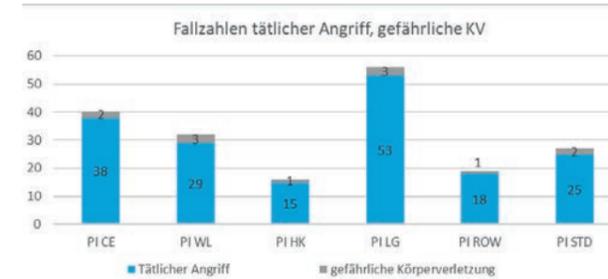
Im Jahr 2021 kam es zu 178 tätlichen Angriffen und 12 gefährlichen Körperverletzungen zum Nachteil von Polizeibeamtinnen und -beamten.

Analog zu den Widerstandshandlungen kam es vorrangig zu Körperverletzungsdelikten im Rahmen von Fest- oder Ingewahrsamnahmen (42 Fälle) sowie bei der Identitätsfeststellung/Sachverhaltsklärung (40 Fälle).

Insgesamt waren 390 PVB betroffen, davon 103 Polizeibeamtinnen und 287 Polizeibeamte. Von diesen wurden 107 PVB (28 weiblich und 79 männlich) leicht verletzt.

In der Gesamtbetrachtung der Delikte Körperverletzung, gefährliche Körperverletzung, schwere Körperverletzung und dem tätlichen Angriff kam es zu einer Abnahme in diesem Deliktsbereich auf 190 Taten im Jahr 2021 (2020: 223 Taten).

Nach Inspektionen aufgeschlüsselt, ergibt sich folgende Verteilung:



Nötigung/Bedrohung

Im Jahr 2021 kam es zu 13 Nötigungen zum Nachteil von PVB. Dabei waren 16 PVB (sechs weiblich und zehn männlich) betroffen. Darüber hinaus kam es zu 67 Bedrohungen zum Nachteil von 145 PVB (38 weiblich und 107 männlich). Die Bedrohungen nahmen im Vergleich zum Vorjahr erneut um 8 % zu. Im Rahmen der strafbaren Handlungen wurden zwei Beamte leicht verletzt.

Opfer

Bei den Gewaltanwendungen wurden 188 PVB leicht und eine PVB'in schwer verletzt. Gegenüber 2020 ist somit ein Rückgang um 39 verletzte PVB bzw. 17% zu verzeichnen. Die Dienstunfähigkeit infolge der Verletzungen der Polizeibeamtinnen und -beamten ist ebenfalls gesunken, allerdings nicht in gleichem Umfang wie der Rückgang der Verletzungszahlen. PVB aus dem Einsatz- und Streifen dienst stellen von den Betroffenen den höchsten Anteil.

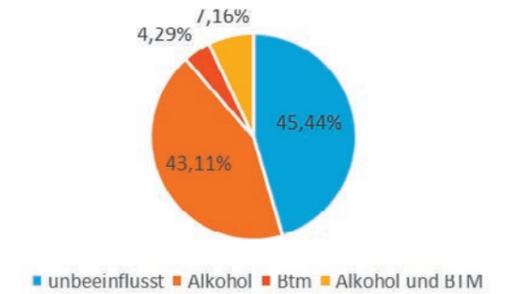
Häufige Anlässe für Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte stellen die polizeilichen Maßnahmen Identitätsfeststellung/Sachverhaltsklärung mit 105 Fällen sowie Fest- und Ingewahrsamnahmen mit 120 Fällen dar. Die Gewalttaten fanden vorrangig im privaten Umfeld der Täterinnen und Täter (Grundstück/Haus) sowie auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen statt.

Täterinnen und Täter

Im Bereich der Polizeidirektion Lüneburg kam es im Jahr 2021 zu 531 Gewaltdelikten gegen PVB. Zu diesen Gewaltdelikten wurden 559 Tatverdächtige ermittelt. Diese unterteilten sich in 479 männliche und 80 weibliche Tatverdächtige.

Von den 559 Tatverdächtigen waren insgesamt 241 Tatverdächtige (216 männlich/25 weiblich) alkoholisiert, 24 TV (21 männlich/drei weiblich) standen unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln und bei 40 TV (37 männlich/drei weiblich) lag eine sogenannte Mischintoxikation vor.

Tatverdächtige unter dem Einfluss berauschender Mittel



Aus der Altersstruktur der Tatverdächtigen ergeben sich keine Besonderheiten. Bei den 592 tatverdächtigen Personen handelte es sich um 496 Erwachsene, 53 Jugendliche und 10 Kinder. In der Gruppe der 496 erwachsenen Tatverdächtigen sind Heranwachsende im Alter von 18-21 Jahren mit 61 Tatverdächtigen und die jungen Erwachsenen im Alter von 21-25 Jahren mit 77 Tatverdächtigen vertreten.

„Jeder Angriff auf eine Polizeibeamtin oder einen Polizeibeamten ist immer auch ein Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.“

Polizeipräsident Thomas Ring am 04.02.2022 am Rande der Gedenkveranstaltung für die beiden bei Kusel erschossenen PVB.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick darüber, in wie vielen Fällen der zuvor aufgeführten Delikte die Täterinnen und Täter eine Bewaffnung mitführten, damit drohten oder diese sogar einsetzten. Im Vergleich zum Vorjahr ist festzustellen, dass die Bewaffnung von Täterinnen und Tätern insgesamt leicht abgenommen hat. Jedoch wurden vermehrt echte Schusswaffen sowie Reizgas bei Tatbegehung mitgeführt, außerdem sind doppelt so häufig Hieb- und Stichwaffen aktiv gegen PVB eingesetzt worden.

Waffe / Gegenstand	mitgeführt	gedroht	eingesetzt
Echte Schusswaffe	4	1	0
Waffenähnlicher Gegenstand	3	1	0
Hieb-/Stichwaffe	4	8	4
Reizgas	6	0	2
Wurfgegenstände	0	3	11

POLIZEIREITERINNEN UND -REITER IM BIOSPHÄRENRESERVAT „NIEDERSÄCHSISCHE ELBTALAU“

Biosphärenreservat
Niedersächsische
Elbtalau



Im Sommer des Jahres 2021 waren die Reiterinnen und Reiter der niedersächsischen Polizei bereits im elften Jahr im Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtalau in den Landkreisen Lüchow-Dannenberg und Lüneburg unterwegs und unterstützen dabei maßgeblich die Arbeit der Verwaltung des Biosphärenreservats in unterschiedlichen Bereichen des Schutzgebiets.

Die Reiterinnen und Reiter aus den Reiterstaffeln der Polizeidirektionen Braunschweig und Hannover sind dabei flankierend zu den Rangern des Biosphärenreservats in unterschiedlichen Bereichen des Schutzgebiets unterwegs. Untergebracht sind die Ordnungshüter mit ihren Tieren in Bleckede (LK Lüneburg) und Vietze (LK Lüchow-Dannenberg).

Trotz oder auch gerade aufgrund der vielschichtigen Auswirkungen der Corona-Pandemie waren sie auch im „Jubiläumsjahr“ wieder im Einsatz und trugen nach den positiven Erfahrungen der letzten Jahre gerade in der sensiblen Phase der Brut- und Setzzeit in den Schwerpunkträumen der Elbtalau dafür Sorge, dass die vielfältige Tierwelt nicht unnötig gestört und die Ruhe in der Landschaft erhalten bleibt.

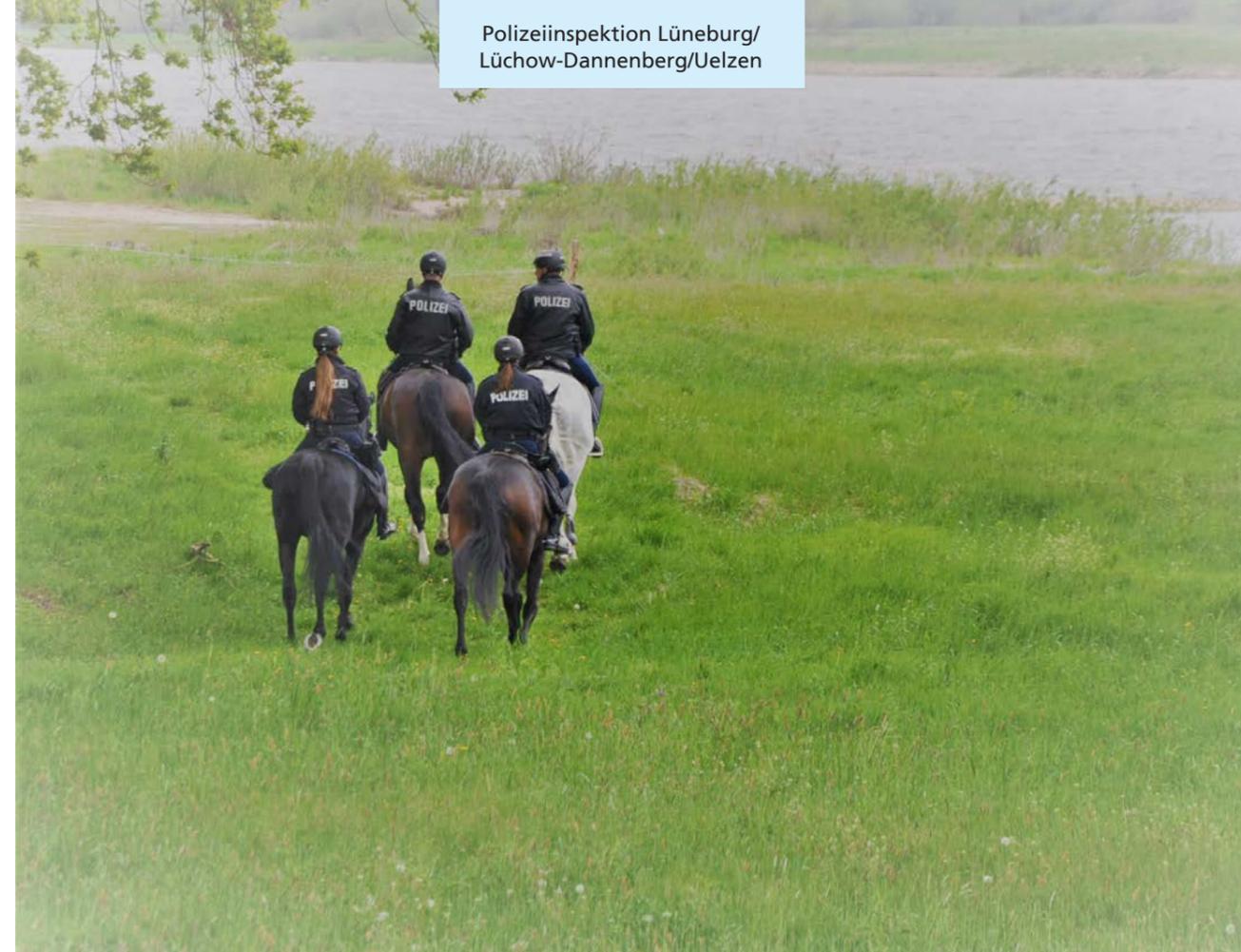
Für Einheimische und Touristen, die im Sommer ihren Urlaub im eigenen Land verbringen, möchten die Polizeireiterinnen und -reiter kompetente Ansprechpersonen sein. Es hat sich gezeigt, dass deren präventive und in hohem Maße wertgeschätzte Arbeit erheblich dazu beigetragen hat, die gesellschaftliche Akzeptanz des Biosphärenreservats zu festigen.

In Abstimmung mit den Niedersächsischen Ministerien für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz sowie für Inneres und Sport und den örtlichen Kommunen waren daher auch 2021 vier Polizeireiterinnen und -reiter im Biosphärenreservat unterwegs. Vor Ort informieren sie über die Regeln zum Schutz der herausragenden Qualitäten von Natur und Landschaft im Gebiet und ahnden bei Bedarf sofort eklatante Verstöße. Bei ihrem Einsatz überwachen die Polizeireiterinnen und -reiter insbesondere auch die naturschutzrechtlichen Bestimmungen (u.a. Befahren von nicht-öffentlichen Wegen in Schutzgebieten, illegales Campen und lautstarke Veranstaltungen, offenes Feuer und Fischwilderei). Sie führen Informationsmaterialien mit sich, die sie Besucherinnen und Besuchern des Gebiets gerne zur Verfügung stellen.

Gemeinsam möchten Polizeireiterinnen und -reiter sowie die Biosphärenreservatsverwaltung dazu beitragen, dass besonders kritische Punkte entschärft und, wo immer möglich, Alternativen für einen ebenso erholsamen wie naturgerechten Aufenthalt in der Landschaft gefunden werden.

Hintergrund

Das im Jahre 2002 einstimmig vom Niedersächsischen Landtag durch Gesetz eingerichtete Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtalau ist der niedersächsische Beitrag zu dem von der UNESCO anerkannten länderübergreifenden Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe.



Das Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtalau erstreckt sich von Schnackenburg (Elbekilometer 472,5) bis zum Elbekilometer 569 bei Lauenburg und hat damit eine Gesamtfläche von 567,6 km². Es umfasst etwa 20% des 2.823 km² großen UNESCO-Biosphärenreservats Flusslandschaft Elbe, zu dem weitere Gebiete aus den Bundesländern Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein gehören.

Die Elbtalau wird in erster Linie durch den Verlauf der Elbe mit ihren naturnahen Ufern und weiten Vorländern geprägt. An die noch immer regelmäßig überschwemmte Elbaue schließt auf der Landseite der Deiche die ursprüngliche Aue mit der weiträumigen Elbmarsch an. Die Bereiche der Lüneburger, Neuhauser, Dannenberger und Gartower Elbmarsch werden von den Niederungen der Elbnebenflüsse wie Aland, Seege und Jeetzel durchzogen.

Der Zweck des Biosphärenreservats Niedersächsische Elbtalau besteht darin, diese einmalige Auenlandschaft mit seinen landschaftlichen, kulturellen, sozialen sowie ökonomischen Werten und Funktionen so zu erhalten und zu entwickeln, dass ein Miteinander von Mensch und Natur möglich ist.



Weitere Information zum Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtalau: www.elbtalau.niedersachsen.de



Alle 11 Minuten verliebt sich ein Dieb in Ihre Tasche.

Achten Sie auf Ihre Wertsachen!



POLIZEIINSPEKTION
LÜNEBURG/
LÜCHOW-DANNENBERG/
UELZEN

Eine Aktion gegen Taschendiebstahl.



Impressum

Herausgeber: Polizeidirektion Lüneburg
Polizeipräsident Thomas Ring
Auf der Hude 2
21339 Lüneburg
Tel.: +49 (0)4131 / 8306-0
www.pd-lg.polizei-nds.de

Redaktion/Koordination: Dezernat 01

Layout: Britta Ruge, buero-im-norden.de

Bildnachweis: Die abgebildeten Fotos wurden von den Urheberinnen/Urhebern

- Polizeiakademie Niedersachsen
- Polizeidirektion Lüneburg
- Nachgeordnete Polizeiinspektionen
- iStockphoto LP (Bildnachweise siehe Bilder)
- Deutsche Presse-Agentur (dpa)
- Polizei-Beratung (www.polizei-beratung.de)
- Pixabay (www.pixabay.com)

freigegeben.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Druck: Print Point Lüneburg



